

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig...
Unter Kreuzband für Deutsch-
land, Ostpreußen, Danzig, Memelgebiet,
Ostpreußen, Litauen, Ungarn, Rumänien,
4,50 Goldmark, für das übrige Ausland
5,50 Goldmark pro Monat. — Ver-
kaufpreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“ mit „Be-
lebung und Kleingarten“, sowie der
Unterhaltungsbeilage „Sonnenschein“
erscheint wochentags zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Volkswirtschaftliches Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 23. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vorkassendirektion: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Volksbank-Gesellschaft, Dönhofsstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Reklametafel
0,70 Goldmark, Reklametafel
0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 0,20 Gold-
mark (zwei bis zwei festgedruckte
Wörter), jedes weitere Wort
0,10 Goldmark. Streifenwerbung das
erste Wort 0,10 Goldmark, jedes
weitere Wort 0,05 Goldmark.
Wörter über 10 Buchstaben zählen
für zwei Wörter. Familienanzeigen
für Abonnenten 0,30 Goldmark.
Eine Goldmark — ein Dollar gestellt
durch 4,20.

Kunden: Die die Adressen Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gestrichelt
von 9 Uhr früh bis 9 Uhr nachm.

Agrarzoll unter falscher Flagge.

Was der Reichslandbund fordert!

Der Kampf für die Zwangswirtschaft der
Agrarpartei, den der Reichslandbund, unterstützt von den
Rechtsparteien und den agrarisch gerichteten Kreisen der
Mittelparteien, eröffnet hat, kann in der nächsten Zukunft noch
zu keinem praktischen Ergebnis führen. Nach dem Versailler
Vertrag besteht bis zum Januar 1925 für die über Elb-Loth-
ringen in deutsches Gebiet eingeführten Waren volle Zoll-
freiheit. Ein Jahr zum mindesten müssen sich also die
agrarischen Schreier, denen die von ihnen bis vor kurzem hoch-
gepriesene freie Wirtschaft schon wieder ein Grauel ist, mit
ihren Zollwünschen noch gedulden. Sie versuchen nun in der
Zwischenzeit auf einem anderen Wege zum Ziel zu kommen.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, hat der Abg.
Dr. Roelcke namens des Reichslandbundes in einem Schreiben
an den Reichsfinanzminister nicht mehr und nicht weniger als
die Aufhebung der Umsatzsteuerfreiheit für die vom Aus-
lande eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und für
die ersten Großhandelsumsätze solcher Erzeugnisse im Inlande
gefordert. Aus gewichtigen Gründen hat das Umsatzsteuer-
gesetz keinerlei diese Steuerfreiheit vorgesehen. Würde sie
heute aufgehoben werden, so bedeutete das die Befreiung
des eingeführten Getreides oder Mehlens beim Import und beim
ersten Inlandsumsatz um je 2 1/2 Proz., zusammen um
5 Proz. Da der Preis des Inlandsgetreides von dem für
das Auslandsgetreide beeinflusst wird, würde der gesamte
deutsche Getreidebedarf um mindestens 5 Proz. ungerechnet
die „Aufrundungen“ und zur Steuer geschlagenen Gewinnfähige
verteuert werden.

Das Ausland würde sich eine solche verschleierte
Zollmaßnahme nicht still gefallen lassen, sondern mit
Repressalien gegen die Zufuhr deutscher Industrieprodukte in
sein Gebiet antworten, woraus für die deutschen Verbraucher
neue Einschränkungen der Erwerbsmöglichkeiten entstünden.
Aus diesen Gründen wollen wir nicht veräumen, sofort na-
drücklich Einspruch gegen das Verlangen des Land-
bundes zu erheben. Es erscheint uns das um so dringender
geboten, als nach unserer Kenntnis das Reichsfinanz-
ministerium und der Reichsrat sich bereits mit dieser
Angelegenheit befaßt und sie dem Reichswirtschaftsrat über-
wiesen haben.

Landwirtschaft und Steuerpolitik.

Der Beirat der Betriebs- und Steuerstelle beim Deutschen
Landwirtschaftsrat beschäftigte sich mit den aktuellen Steuer-
fragen und faßte die folgende Entschliessung zur gegenwärtigen Be-
steuerung der Landwirtschaft und zu den sich daraus ergebenden
Forderungen für die Zukunft:

I. Die gegenwärtige Besteuerung der Landwirtschaft ist

1. untragbar, weil sie in ihrer Gesamtheit den gegenwärtigen
Betriebs- und Ertragsverhältnissen nicht gerecht wird und deren
Bestandsgleichheit bei weitem übersteigt.
2. produktionschädlich, weil sie den Landwirt zu un-
wirtschaftlichen Betriebsbeschränkungen, zur Verringerung und Ver-
schleuderung des Inventars und damit zur Verminderung seiner
Produktion nötigt.
3. unfaßgemäß, weil sie weder den natürlichen Betriebs-
bedingungen noch den betriebswissenschaftlichen Anforderungen an die
Berechnung des Ertrages und Wertes entspricht.
4. ungerecht, weil sie eine Überlastung des Landwirtschafts-
betriebes im Verhältnis zu anderen Erwerbszweigen darstellt.

II. Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

1. Die Revision der Besteuerungsart und -höhe unter Berücksichtigung
der natürlichen Betriebsbedingungen, der betriebswissen-
schaftlichen Normen und vor allem der tatsächlichen Leistungsfähigkeit
der Landwirtschaft. Eine sachgemäße Steuerreform und Veranlagung
kann nur unter Mitwirkung von sachverständigen Vertretern land-
wirtschaftlicher Berufsorganisationen erfolgen.
2. Die Schaffung einer einfachen und einheitlichen Steuerbefreiung
und die Abgrenzung und Begrenzung der Abgaben auf Reich,
Länder und Kommunen.
3. Eine gerechte abwegige und durchgeführte Heranziehung
von Landwirtschaft, Industrie, Handel und freien Berufen zu den
Steuern des Reiches, der Länder und der Kommunen.
4. Die Befreiung der Landwirtschaft von allen Einriffen in den
Betrieb und von der Schenk der Landwirtschaft in anderer
Weise wie der Industrie vor produktionsvernichtender, die heimische
Wirtschaft schwächender Konkurrenz des Auslandes.

Hinter diesen Beschlüssen stehen sämtliche landwirtschaftlichen
Berufsorganisationen.

So weit der Bericht. Herr Luther wird sich wundern, daß
seine politischen Freunde, für die er schon so viel getan hat, ihm
dennoch solche schlechte Jenur geben.

Das preussische Landwirtschaftsministerium nimmt am Dien-
stag eine Prüfung der landwirtschaftlichen Steuerleistungsfähigkeit
vor. Geladen sind u. a. Vertreter des Deutschen
Landwirtschaftsrats, der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer,

der Zentrallandschaft für die Preussischen Staaten, der Preussischen
Zentralgenossenschaft, der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin
und der Präsident des Preussischen Statistischen Landesamtes so-
wie Angehörige aller Parteien des Landtags.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion
hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Zwischen dem Brandenburgischen Landbunde und dem Bran-
denburgischen Landkassenerverband sind unter Mitwirkung des Allge-
meinen Verbandes deutscher Landkassentassen zwecks Einführung

Der Bezugspreis des „Vorwärts“ ist auf 70 Pfennig

wöchentlich bei freier Zustellung ins Haus
herabgesetzt. Der Verlag.

der Neuregelung der ländlichen Krankenversiche-
rung (Verordnung über Krankenversicherung vom 13. Februar
1924) Richtlinien vereinbart worden.

Wir fragen die Reichsregierung: Billigt es die Reichs-
regierung, daß die Landkassentassen Abmachungen mit einer
Unternehmervertretung treffen, ohne die Versicherten zu fragen?

Was gebietet die Reichsregierung zu tun, um dieses offen-
kundige Bestreben zur Wiedereinführung kleiner Betriebskassen in
Form von Sektionsbildungen zu unterbinden, und was gebietet die
Reichsregierung zu tun, um die Rechte der Versicherten wahrzu-
nehmen?

Die große Reichstagsdebatte.

Deutschnationale gegen Steuerreformverordnung.

Die Aussprache des Reichstages über den Rotetel für
1924 und über die politische Gesamtsituation, insbesondere über
die Wirkungen des Ausnahmezustandes und die auf Grund
des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen, wird am
Dienstag vom Reichkanzler Dr. Marx mit einer Regie-
rungs Erklärung eröffnet werden. In der damit eingeleiteten
Generaldebatte werden als Vertreter der sozialdemokratischen
Fraktion die Genossen Hermann Müller und Breit-
scheid sprechen. Nach Abschluß der allgemeinen Aussprache
wird man in die Erörterung der Anträge eintreten, die zu den
Verordnungen der Regierung gestellt worden sind. Diese An-
träge sollen nach der Materie in Gruppen eingeteilt und von
den Antragstellern begründet werden. Selbstverständlich wer-
den sich auch sonstige Vertreter der Parteien sowie die Reichs-
regierung zu diesen Anträgen äußern wollen. Es ist also vor-
auszusehen, daß die Debatte einen ziemlich großen Umfang
annehmen und Entscheidung über die Anträge — zugleich über
das Schicksal des Reichstages — erst in der übernächsten Woche
fallen wird.

Wie die D.N. aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat
die Deutschnationale Reichstagsfraktion einen
Antrag auf Aufhebung der dritten Steuerreform-
verordnung eingebracht.

Am Reichstage fand am Freitagabend nach der Plenarsitzung
eine vertrauliche Besprechung des Reichkanzlers mit den
Führern der Koalitionsparteien wegen der bevorstehenden
großen politischen Aussprache statt.

Die beiden Rechtsparteien hielten gleichfalls nach der Plenar-
sitzung bis in die späten Stunden hinein Fraktionsitzungen ab. Zu
der Sitzung der deutschnationalen Fraktion waren auch
die Mitglieder der Fraktion des Preussischen Landtags hin-
zugezogen. Die Fraktion hat außer den bereits für die große
politische Aussprache eingebrachten Anträgen noch eine Inter-
pellation wegen der Krise der Landwirtschaft eingebracht.
Ferner wurden in der Fraktionsitzung Mittelstandsfragen und die
Frage des Art. 18 der Reichsverfassung (Gliederung des
Reiches) besprochen. Die letzte Frage ist von besonderer Bedeu-
tung im Zusammenhang mit der Abstimmung in Hannover, deren
Termin nach der Bestimmung der Reichsregierung auf acht Tage
nach den Reichstagswahlen anberaumt ist. In der Fraktion wurde
die Meinung ausgesprochen, daß die außerpolitischen Auswirkungen
einer solchen Abstimmung unter Umständen recht gefährlich sein können.
Die Deutsche Volkspartei erörterte gleichfalls ihre
Stellungnahme in der großen Aussprache. Die Fraktion ist der
Meinung, daß eine mehr als zweitägige Debatte am
besten zu vermeiden sei.

General und Sozialdemokrat!

Über nur in Oesterreich möglich.

Der ehemalige Generalstabchef der österreichisch-ungari-
schen Hofkriegsarmee, die wohl so ziemlich als die einzige Front
der Habsburgerarmee im Weltkrieg sich gegen vielfache Leber-
macht standhaft und erfolgreich gehalten hat, der also auch
strategisch und taktisch erprobte General Körner hat nach
dem Zusammenbruch der Monarchie der Deutschösterreichischen
Republik als Heeresinspektor treu gedient. Diese Treue auch
für die Republik hat die Regierung Dr. Seipels und ihren
Wehrminister Baugoin veranlaßt, Körner mit Erreichung
der Altersgrenze abzubauen. Körner hat in einer Denk-
schrift an den Nationalrat die Wadenschaffen Baugoins zur
gezüglichen Verminderung, zweckwidrigen Verwahr-
losung und republikfeindlichen Zusammensetzung des Bundes-
heeres durch die Art seiner Ergänzung schonungslos ausge-
sagt. Zur Antwort auf die Bestreitung seiner Angaben durch
Baugoin und auf einen Protest reaktionärer Offiziere haben
unsere Genossen den General Körner zum Vertreter Wiens in
den Bundesrat (etwa dem deutschen Reichsrat entsprechend,
aber aus proporzgewählten Vertretern der Landesparla-
mente bestehend) und zum Stellvertreter des Genossen
Dr. Deutsch als Parlamentarier im Wehrministerium
gemacht.

Nun hat General Körner in der Offiziersgruppe des
freigewerkschaftlichen Militärverbandes einen Vortrag über
Wehrhaftigkeit und Demokratie gehalten. Man lese — und
vergleiche mit den Ansichten und Taten der Generale des
Heeres der Deutschen Republik, etwa der Herren Hasse, v. Loß-
berg, v. Tschischwitz usw.!

General Körner, der der sozialdemokratischen Partei
angehört, führte nach dem Bericht der Wiener „Arbeiter-
Zeitung“ aus:

„Ich habe, als ich meine Denkschrift schrieb, sehen wollen, ob wir
schon ein Volksstaat sind oder noch der alte Obrigkeit-
staat, in dem ein von oben kommender Wille von der Beamten-
schaft durchgeführt wird. Ich habe gelehrt, daß das Gesetz zum
Teil umgangen, eine einstimmige Resolution des Nationalrats miß-
achtet wird. Die Antwort war, daß der Antrag der Sozial-
demokraten, soviel Geld für die Wehrmacht zu
bewilligen, daß ihre weitere Zerstörung aufgehoben wird, von
den bürgerlichen Parteien niedergestimmt wurde. Die bür-
gerlichen Parteien haben sich nur mit meiner Persönlichkeit be-
schäftigt und ziemlich viel geschimpft. Ich muß daher notgedrungen
von meiner Person sprechen.“

Ich habe mich nach dem Umsturz sofort auf den Boden der
Tatsachen gestellt und mit der Vergangenheit überhaupt
nicht gerechnet. Ich habe getrachtet, mich in der Republik zurecht
zufinden, ein Ideal zu finden, das noch wert ist, dafür zu
leben und zu arbeiten. Ich gestehe, daß ich bis zum Schluß ver-
sucht habe, meine Pflicht gegenüber der Monarchie zu erfüllen. Ich habe
draußen gesehen, wie die Leute den Krieg satt hatten, wie infolge
der Verzweiflung der verhungerten, mit Fieber befallenen
Soldaten der Zusammenbruch kam.

Diese Darstellung des Zusammenbruchs durch einen er-
folgreichen Heerführer ist allerdings mit der doch so hoch-
legende unvereinbar; Körner kann noch froh sein, nicht
dem reichsdeutschen Offizierskorps anzugehören!

Ueber gewisse Verhandlungen im Schoß damals noch be-
stehender militärischer Zentralstellen in der Abwicklungszeit
sagte Körner:

In einer Sitzung über Demobilisierung und Sachdemobilisierung
wies der Einberufener ein dickes Buch über die Demobilisierung vor,
das wir schon an der Front weggeworfen hatten. (Heiterkeit.) Der
Gedanke war, man solle die Soldaten in ein Lager bringen und
körperlich und geistig entlassen, bevor man sie nach Hause schickte,
das Material aufheben und erst loslassen, wenn man wisse, wie
das neue Heer aussehe. Ich war entsetzt und sagte: Man wird
die Volkswirtschaft erst in Schwung bringen, die zerlumpten
Heimkehrer bekleiden müssen; dazu muß man Instellungen,
soviel man entbehren kann. Man fragte: Und wenn gleich wieder
ein Krieg ist? Ich antwortete, sie sollten sich nicht einbilden, daß
einer von den Heimkehrenden sobald wieder ins Feld geht. Auf die
Frage, was geschehen werde, wenn zu wenig Gewehre da sind, er-
widerte ich: Darauf kommt es gar nicht an. Zuerst werden wir den
Beuten das Schießen abgewöhnen müssen, bis die Zeit
kommt, wo es wieder allgemeines Bewußtsein wird, daß Recht
vor Recht geht.

In der Zeit, als Staatssekretär Dr. Deutsch sein Programm
entwickelte: einen Bürgerkrieg zu verhindern, eine Wehrmacht aufzu-
stellen, den Kriegsmassstab zu heben, bin ich Republikaner
geworden, das heißt, ich lernte verstehen, was eine Republik ist.
Als das Wehrrecht gemacht wurde, habe ich Deutsch und den
anderen Parteiführern auf die Finger geschaut. Er hat sein Wort
gehalten. Wer, wie ich, gesehen hat, wie die sozialdemokratischen
Führer gearbeitet haben, wie sie ihre ganze Kraft und ihre
Popularität dafür einsetzten, daß es nicht zum Bürgerkrieg
komme, konnte nur die größte Achtung empfinden.

Schon damals ist ein Abgeordneter zu mir gekommen und hat
mich eingeladen, zu den Ententeleuten zu gehen, weil sie
Waffen für die Bauern loslassen würden, damit man mit den

„Noten“ fertig werde. Da bin ich noch weiter nach links gewandert und ein linker Demokrat geworden.

In der Wera der bürgerlichen Ministerzeit gingen die Versuche weiter, eine Wehrmacht zu machen, die gegen die Arbeiter losgehen kann. Weil das nicht gelang, begann das Bestreben, das Heer zum Verlaufen zu bringen. Ich habe mich vergeblich dagegen gewehrt; dabei bin ich wieder weiter nach links gekommen.

Als der Genfer Sanierungsvertrag verhandelt wurde, sah ich, daß nur die Sozialdemokraten für das Deutschtum, für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des Volkes, für den sozialen Aufstieg eintraten. Darum habe ich sozialdemokratisch gestimmt. Wenn man sieht, wie wir noch keinen Schritt im Frieden weitergekommen sind, muß man sich wohl umsehen, ob es nicht irgendwo ein Programm gibt, das besser ist. Das Endziel der Entwicklung eines Kultur- und Rechtsstaates kann nur die Sozialdemokratie aufzeigen. Als ich abgebaut war, habe ich den letzten Schritt gemacht und bin Sozialdemokrat geworden. (Geßter Beifall.)

Nach diesen aufrechten Bekenntnissen entwickelte General Körner seine Bewertung eines republikanischen Heeres, das unter äußerem Beschränkungszwang steht:

Die Ententeleute haben genau festgelegt, wie klein das Heer sein kann, ohne daß ihm jeder Haderlump die Gurgel abschneiden kann. Daher sollte man wenigstens glauben, daß die Volksgemeinschaft dafür sorgen muß, daß das Heer die Grenzen schützen kann. Dieser Charakter der Notwehr schließt einen militärischen Zweck aus, wie er früher bestanden hat. Der außenpolitische Zweck ist also zweifellos pazifistisch.

Für die innenpolitische Gewaltanwendung kann nur die Bundesverfassung maßgebend sein, in der es heißt: Oesterreich ist eine demokratische Republik; ihr Recht geht vom Volk aus. Darum ist eine staatsbürgerliche Erziehung der Wehrmänner notwendig. Sie besteht in der Überwindung des Einzelinteresses im Interesse der Gesamtheit. Ohne sie könnte leicht Prätorianerium im Heer Eingang finden. Der Soldat muß so gebildet werden, daß er mit Begeisterung für die Republik erfüllt ist. Erst dann wird er imstande sein, sein Leben mit Begeisterung einzusetzen zum Schutz der Unabhängigkeit. Soldat sein, heißt kämpfen müssen, republikanische Soldat sein, mit dem Bewußtsein sein Leben einsetzen, daß man sein und seiner Mitbürger Recht auf Selbstbestimmung auf sozialen Aufstieg verteidigt.

Solange das letzte Wehrgesetz besteht (Werbung), kommen immer Leute aus den armen Klassen in das Heer, die sich selten gegen ihre eigenen Leute mißbrauchen lassen werden. Aber es ist schon möglich, daß man durch wirtschaftliche Normen und andere Mittel das Heer korrumpiert, um es zu einem Klasseninstrument der regierenden Partei zu machen. Deshalb muß man vermeiden zu sagen: das Heer steht hinter der Regierung. Ueber das Heer verfügt nach der Verfassung die Nationalversammlung. Das Heer muß unpolitisch sein, eingestellt auf Grenzschutz, Schutz der Unabhängigkeit und der verfassungsmäßigen Einrichtungen. Wenn also die Sozialdemokraten verlangen, daß das Heer stark bleibe, so ist das nicht militärisch gedacht. Wenn die Bürgerlichen ein kleineres Heer verlangen, um es besser beeinflussen zu können und es gegen die Arbeiter gebrauchen wollen, so ist das militärisch.

Ich gestehe, daß der letzte Schritt — an verantwortliche Stelle der Partei zu treten — mir sehr schwer fiel. Aber ich bin dem Minister sehr dankbar, daß er mir Zeit gegeben hat, die wissenschaftliche Seite des Sozialismus zu studieren und zu sehen, was im Sozialismus steckt. Und ich bin in mühevoller, erstem Ringen zur festen Ueberzeugung gekommen, daß der Sozialismus eine Kulturbewegung ist, für die man sich begeistern kann. Deshalb bin ich zu ihm gekommen, um mitzuhelfen und die Soldaten auf ihn einzustellen, damit verhindert werde, daß man die Kulturbewegung nochmals mit Gewalt niederdrückt. (Stürmischer Beifall.)

Abgeordneter Dr. Deutsch schilderte dann Körner, wie er ihn kennen gelernt hat, und gab der Freude Ausdruck, einen solchen Mann jetzt als Genossen begrüßen zu können. Die Versammlung brach in stürmische, langanhaltende Ovationen für Körner aus. Hätten wir in Deutschland solche Generale, so würde es keine Kluft zwischen Arbeiterschaft und Reichswehr geben.

Degouttes neuester Akt. Er übernimmt die Diktatur.

Essen, 22. Februar. (W.B.) General Degoutte hat mit sofortiger Wirkung eine Verordnung betreffend die Kontrolle über die deutschen Beamten erlassen. Danach kann jeder deutsche Beamte des deutschen Gebietes auf Befehl des kommandierenden Generals der Truppen abgesetzt werden, wenn er es für notwendig befindet, solein die Sicherheit der Besatzungstruppen dies erforderlich macht. Ferner kann der General sein Veto bei der Ernennung aller deutschen Beamten für das besetzte Gebiet einlegen, wenn er der Meinung ist, daß diese Maßnahme notwendig ist, um die Unterhaltung, die Sicherheit und Bedürfnisse der Besatzungstruppen oder die Ausnutzung von Pländern sicher zu stellen. Im Falle, daß ein Beamter stirbt oder auscheidet oder mehr als einen Monat Urlaub bekommt, entfallen wird oder eine andere Stelle übernimmt, muß der Militärbehörde sofort eine Meldung durch die zuständigen deutschen Behörden zugehen.

Die „Retter“ der geistigen Kulturschicht. Ein paar Fragen.

Zur „Rettung der deutschen Kulturschicht“, des „gefährdeten geistigen Mittelstandes“ soll in einer Kundgebung am nächsten Sonntag im Reichstag aufgefordert werden. Als Redner ist u. a. der Reichstanzler Dr. Marx angekündigt.

Der „Vorwärts“ hat, ebenso wie alle sozialdemokratischen Organe, stets auf die ungeheure Gefahr hingewiesen, die der deutschen wie der europäischen Kultur droht, wenn die Verelendung der geistigen Arbeiter so fortschreitet wie bisher. Uns kann also der Verdacht nicht treffen, als schließe es uns an Verständnis für die Bedeutung und die Berechtigung einer jeden Hilfsaktion zugunsten der notleidenden Kopfarbeiter.

Dennoch aber — oder gerade darum — müssen folgende Fragen aufgeworfen werden:

Ist sich Dr. Eberling dessen bewußt, daß die Hauptursache der Not der geistigen Kulturschicht in Deutschland in erster Linie durch die Inflation verursacht wurde?

Will jemand bestreiten, daß die Inflation besonders durch die jahrelange Steuerdrückbergerei der besitzenden Schichten hervorgerufen wurde?

Will jemand leugnen, daß die Ruinierher jener Steuerdrückbergerei und Inflation gerade die Schwerindustriellen gewesen sind, die in der Deutschen Volkspartei einen unter Führung von Stinnes, Böglers und Voglers hervorragenden Einfluß — gegen den Stresemann-Flügel — ausüben?

Hat Dr. Eberling bisher Gelegenheit genommen, wenigstens innerhalb seiner Partei auf diese Dinge hinzuweisen? Und kann er es mit seinem Gewissen vereinbaren, gleichzeitig der Parteifreund von Stinnes, Böglers und Co. zu sein, und eine Kundgebung zur Rettung der notleidenden geistigen Arbeiter, also der Opfer von Stinnes, Böglers und Co. zu leiten?

In noch höherem Maße muß es aber zum Widerspruch geradezu herausfordern, wenn unter den Namen derer, die in der Reichstagskundgebung kurze Ansprachen halten werden, auch der Name des Chefredakteurs der „Deutschen Tageszeitung“, Dr. Paul Baeders, steht. Freilich ist dieser Herr — leider — noch immer Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse, und man mag einwenden, daß er in dieser Eigenschaft das Wort ergreifen soll, zumal das Glend gerade in den Journalistenkreisen besonders groß ist. Indessen müssen auch hier einige Fragen aufgeworfen werden:

Dr. Paul Baeder ist Chefredakteur desjenigen Organs, das die Interessen der großagrarischen Kreise vertritt. Nun wird von den Großgrundbesitzern und ihren Sprachrohrern seit einiger Zeit viel von der „Krise in der Landwirtschaft“ geredet, oder gar — eine geradezu ungeheuerliche Herausforderung der wirklich verelendeten Hand- und Kopfarbeiterkreise — von einer „Not der Landwirtschaft“. Im

Zeichen dieser „Not“ wird jetzt von der „Deutschen Tageszeitung“ die Wiedereinführung von Lebensmittelzuschüssen gefordert.

Diese von Dr. Paul Baeder geforderten Zuschüsse bedeuten und bezwecken unzweifelhaft eine Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel. Ist es unter diesen Umständen nicht geradezu eine Verhöhnung der darbenenden deutschen Kultur, wenn jetzt dieser Mann das Wort in jener Kundgebung ergreifen soll? Will er etwa gar in seiner kurzen Ansprache eine Lanze für die preissteigernden Zuschüsse brechen?

Eine Kundgebung zugunsten der Notleidenden unter den deutschen Geistesarbeitern, in der Parteifreunde der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes reden sollen, ist entweder Gimpelkram am Vorabend des Wahlkampfes, oder aber zum mindesten leerer Kulturschmus mit allgemeinen Redensarten, die zur harten Wirklichkeit passen wie die Faust aufs Auge.

Rechtsregierung in Thüringen.

Von Deutschvölkischen und Demokraten gewählt.

Weimar, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Freitagssitzung des Thüringer Landtages stellte sich die neue aus Männern der Deutschen Volkspartei, des Landbundes und der Deutschen Nationalen gebildete Regierung, die von allen Parteien von den Demokraten bis zu den Völkischen gewählt wurde, dem Hause vor.

Der Vorsitzende des Staatsministeriums Dr. Leutheuser gab die Regierungserklärung ab. Ausgehend von dem außenpolitischen Druck auf Reich und Länder äußerte er, daß auf dem Gebiete des Finanzwesens die Erschöpfung aller Einnahmequellen sichergestellt werden solle. Gleichzeitig werde auf allen Gebieten der Verwaltung größte Sparsamkeit geübt, verbunden mit einer Drosselung der Staatsausgaben. Unverzüglich soll zur Durchführung dieser Aufgaben eine Eröffnungsbilanz über die gegenwärtige Finanzlage Thüringens aufgestellt werden. Auf dem Gebiete der Verwaltung soll die Durchführung der Vereinfachung der Behördenorganisation eine Hauptaufgabe der neuen Regierung sein. Darüber hinaus sind die Männer des Ordnungsbundes der Auffassung, daß die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit nur durch eine Polizei gesichert werden kann, die losgelöst von dem Parteistreit ihre Aufgabe ausschließlich in der Aufrechterhaltung der Staatsautorität sieht. Der Wahrung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden soll besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden. Eingemeindungen und Verschmelzungen von Gemeinden will man unter diesen Gesichtspunkten prüfen. Die Justizverwaltung will sich leiten lassen von dem Gedanken der Erhaltung der Staatsautorität und der unparteiischen Durchführung der Gesetze sowie der Unabhängigkeit der Gerichte. Es sollte nur in diesem Zusammenhang die Erwähnung, daß diese juristischen Programmpunkte, wie es an sich bei Männern des Ordnungsbundes selbstverständlich ist, im Sinne der Herren Emminger durchgeführt worden und damit praktisch auf die parteiische Durchführung der Gesetze und die Abhängigkeit der Gerichte hinauslaufen. Die Ankündigung in dieser Beziehung ist auch bereits gemacht, denn die Regierung erklärte, daß durch ein Uebermaß von Begnadigungen die Strafdisziplin nicht gelähmt werden dürfe. Das Berufschulwesen soll im Sinne der Reichsverfassung, im Einvernehmen mit den zuständigen Kreisen und Berufsständen ausgebaut werden. Gewährleistet wird außerdem im Sinne des Ordnungsbundes die ungehinderte Religionsübung und die Erhaltung der Kulturwerte der Religion auch durch die Schule. Trotz der Lösung der Kirche von Staat soll ihr der Schutz der Regierung, insbesondere in der Wahrung ihrer Rechte und ihrer Feiertage, sicher sein. Zum Schluß erklärte der Vorsitzende des Staatsministeriums: „Die Regierung läßt sich von dem Gesichtspunkt leiten, daß es ihre Aufgabe ist, die Interessen aller Berufs- und Bevölkerungskreise zu vertreten und gegeneinander abzuwägen, nicht aber als Träger einer einseitigen Partei- und Interessenpolitik zu sehen.“ Die „Toten“ der neuen Männer dürften bald zeigen, wie es damit bestellt ist.

Petroleum.

Von Victor Schiff.

Nach einer „Times“-Meldung aus Jerusalem ist die Standard-Oil-Company bei Ost-Hebron auf Petroleum gestoßen.

Als an der New Yorker Börse jene Kunde vernommen wurde, stiegen die Aktien der Standard-Oil-Co. mit einem Schlage um 15 Proz. An der Londoner Börse hingegen fielen die Aktien des englischen Konkurrenz-Trustes, der Royal-Dutch Shell Co. um ebensoviel Punkte. Indessen ließen sich die Direktoren nicht verblüffen. Sie rüsteten sofort eine Expedition aus, bestehend aus den besten verfügbaren, in Mesopotamien beschäftigten Ingenieuren und Geologen, und ließen ihrerseits in Palästina nach Petroleum suchen.

Trotz monatelangen Suchens war es aber dieser Mission nicht gelungen, auch nur die geringste Spur von Erdöl festzustellen. Oft hatten die Geologen gemeint, endlich die richtige Stelle des gelobten Landes entdeckt zu haben, und die Ingenieure hatten dort bis tausend Meter und noch tiefer gebohrt. Doch alle Mühen und Kosten waren umsonst!

Unterdessen war das Revier von Ost-Hebron zu einem der ausgeblühten der Welt geworden und die Standard-Oil-Aktien stiegen und stiegen, während die Royal-Dutch-Anteile fielen und fielen . . .

Eines Tages, als die englischen Ingenieure bereits jede Hoffnung aufgegeben hatten und ein resigniertes Telegramm der Londoner Zentraldirektion den Ausbruch der Expedition nach zu diesem Bohrenden angeordnet hatte, fiel es einem in ihren Diensten stehenden arabischen Karawanenreiter auf, daß kein Kamel eigenartig süßlich roch. Und obwohl das sonst so vorbildlich genüssliche Tier erst zwei Stunden vorher getränkt worden war, hing seine Junge melancholisch-düstend davor. Der Kamelreiter stieg ab, unterluchte das Maul seines Tieres und fand es seltsam fettig und schmutzig. Ins Jettloger zurückgekehrt, verständigte er den Tierarzt der Mission. Eine Viertelstunde später befand sich die ganze Gesellschaft in hellem Aufbruch: „Das Kamel hat Petroleum gesoffen!“ Wo? Mit Autos und Motorwagen und Pferden ralle man zur bewußten Tränke. Sie lag am Rande des Gartens des jüdischen Kolonisten Aron Silberstein aus Kishinev in Bessarabien, der zufällig tags zuvor einen neuen Brunnen für seine Siedlung gegraben hatte, aber des schlechten Geruches wegen das Loch gerade wieder zuschütten wollte.

Am nächsten Morgen lief folgender Funkspruch aus Jerusalem in London ein:

Royal-Dutch London.
Danke für die schmerzlichen Feststellungen Geologen und geistlicher Bohrer Ingenieure sind wir bei Genesareth auf unübersehbare Petroleumquellen gestoßen. Nähere Einzelheiten folgen.
Chefingenieur Spencer.

Beim Bekanntwerden dieser Nachricht stiegen die Royal-Dutch-Aktien mit einem Schlage um 30 Proz., während in New York eine allgemeine Börsenpanik durch den Rückschlag der Standard-Oil-Aktien ausbrach.

Der Kolonist Aron Silberstein aus Kishinev bekam so viel Aufmerksamkeit für seine Siedlung, daß er mit dem nächsten Dampfer als streitbarer Mann nach London fuhr, wo er eine große Petroleum-importfirma H. R. Silverstone u. Cie. gründete.

Die Ingenieure und Geologen der Mission wurden mit Ehren, Orden und Geschenken überhäuft. Der Chef der Mission, Dr. Spencer, hielt vor den Spitzen der Londoner Gesellschaft und den Beamten der Wissenschaft einen sensationellen Vortrag in dem Kgl. Geologischen Institut.

Der Generaldirektor der Royal-Dutch Shell Co. bekam das Präbikat „Sir“.

Rur das Kamel, das blöde Tier, war bald darauf an Darmverstopfung gestorben.

Karl-Kraus-Theater.

Berthold Viertel's „Truppe“ hat ihr Lustspielhaus für mehrere Abende dem „Fackel“-Kraus überlassen, der hier nicht nur aus eigenen Schriften vorliest, sondern auch aus Baudelaire, Shakespeare, Aeschylus, Villon, Wolfram von Eschenbach, Goethe, Schiller, Heine, Büchner, Kleist, Schopenhauer, Nietzsche, Wagner, Hofmannsthal, Stefan Zweig, Mann, Schopenhauer, die für Wien mehr denn für Berlin bedeuteten. Diese Pflaumen — übersüßig festzustellen, daß sie wichtig bis zum ozeanischen Funken sein können — reizen andere zur Gegenwehr. (So verließ der Kritiker eines Abendblattes mit donnernden Schritten „Schmutzige Leiten!“ rufend den Saal, weil er nämlich ein „kaiserlicher Rat“ war.) Der Poetiker auf der Bühne, im Laufe des Abends sich selbst anfeuernd, blieb und wuchs ins Zeilische, war plötzlich selbst Goethe-ähnlich bewegt, so sehr er eben noch gegen die „Goethe-Litten“ losgewettert hatte. Man kann das menschliche nennen — weil nämlich all diese Effekte aus einer zerrissenen, leidenden Menschlichkeit kommt, die alles Literarische und Manifestantenhafte weit hinter sich läßt. Wenn eine Leidenschaft, gar eine sehr temperamentsvolle, behagt oder verneint, muß sie es als Selbstverständlichkeit hinnehmen, daß sich das Theater in zwei Parteien spaltet. Die Kritiker und Subler beherrschen die Oberhand. Aber auch die Nichtkritiker mühten sich zu der Ansicht zu bewegen, daß dieser Abend interessanter war als manche, die wir sonst in diesem Hause aufgeführt bekamen. —er.

„Ich fahre in die Welt“. Ein Film mit diesem vielversprechenden Titel erlebte in der „Urania“ seine Uraufführung vor einem Publikum von begeisterten Jugendlichen. Dazu auch ältere und etatliche Freunde. Staatssekretär Genosse Heinrich Schulz eröffnete den Abend mit einer lebendigen wirkungsvollen Ansprache über Notwendigkeit und Schönheit des Jugendwanderns und dann

kam der Film. Das Manuskript stammt von Dr. Schelenz, die Regie führte Dr. Köhler und für die Photographie zeichnet Konrad Wiencke, alle drei von der Kulturabteilung der Deutsa. Wir sehen, wie ein Jüngling, der angetan mit eleganterer Modestückung dazu Stöcken und Zigarette, in eine Jugendwandlergruppe gerät und gern mitwandern möchte. Der Führer nimmt sich des Jünglings liebvoll an und führt ihn in die Geheimnisse der Jugendwandlerwelt ein, deren erstes ist, daß man keinen Leib in eine zünftige Kluft steckt und deren zweites, daß Zigarettenrauchen und Bier- und Schnaps trinken in der Jugend durchaus nicht zum guten Ton gehört. Man sieht dann eine Gesellschaft von Jungen und Mädchen, die sich übrigens vortrefflich vor dem Objekt bewegen, auf der Fahrt. Man sieht sie untereinander und mit anderen Wanderfreunden die wiedererlebenden schönen Volkstänze tanzen, man sieht sie dann abends in einer Jugendwandlerherberge einkehren und dort die Nacht verbüßen. (Der Film ist eigentlich ein Werbe-film für das Jugendherbergswesen.) Und dieses ganze liebe und überraschend natürlich und anmutig fröhliche Leben spielt sich so anziehend vor einem ab, daß man den Wunsch hat, sofort mitzumachen. Der Photograph Wiencke hat Reißerliches geleistet, und es weilt sich einem die Seele, wenn er so eine märkliche Landschaft aufblendet und die frischen Jungen und Mädchen hindurchwandern läßt. Leider ist eines der wichtigsten Bilder, das von der Sonnenwende, nicht gut gelungen und die schaurige Pirage der Deutsa verschlimmert die Sache eigentlich noch. Derartige nächtliche Feuer-aufnahmen lassen sich heute zu padender Wirkung gestalten. Wesentlich und wirksam unterstützt wurde wohl die Vorführung durch die B. gleichmüßig hinter der Szene, durch Klänge, Geige und Flöte und Gesang. All die alten und neuen schönen Wanderlieder klingen in den Zuschauerraum hinein und gerade sie machen die Vorführung mit dem Film zu einem einzigartigen Erlebnis.

Klempner noch nicht an die Volksope betreten. Die Telegraphen-Union verbreitet die Nachricht, daß Otto Klempner aus Köln als Direktor der Großen Volksope nach Berlin berufen sei und daß er sein neues Amt mit Ende der laufenden Spielzeit anträte. Die Nachricht ist in dieser abschließenden Form nicht richtig, wie die Direktion der Volksope prinzipal selbst mitteilt. Es schweben allerdings Verhandlungen mit Klempner wie schon in früherer Zeit, aber zu einem Vertragsabschluss ist es noch keineswegs gekommen. Eine Uebereilung in dieser Hinsicht dürfte wohl auch kaum am Platze sein, so beschränkt Klempner auch für einen leitenden Posten in Berlin sein muß, do erst vor kurzer Zeit der junge Spenke die Oberleitung über das Volksopeinstitut übernommen hat und als solcher reiche Entwicklungsmöglichkeiten und Talentproben an den Tag gelegt hat, zuteil bei der gefirgten Premiere des „Boris Godunow“.

Der Co-Operatör des Gen. Dr. Quittmann wird zum letztenmal am Sonntag, den 21. abends 7^{1/2} Uhr, im Anstalt für Meerestunde wiederholt. Karten sind (zu halber Preise für „Vorwärts“-abonnenten) in der Vorwärtsbuchhandlung nur im Vorverkauf erhältlich. In der „Arbeiter-Kunst“, Parochialstr. 29, steht Ernst Friedrich am 22. Februar „Walle Kenta“ und am 23. Februar und 1. März „Die Wäldchen mit dem roten Teller“. Alle haben das für eine einmalige Reihenfolge ihres großen Wieder-schlags „Berlin im Lied“ (am 12. Sonntagabend, 7 Uhr) des Berliner Kathakal ausgemittelt.

Strefemann-Rede in Dresden. Reise- und Gedankenflüge.

Dresden, 22. Februar. (W.T.B.) Gelegentlich der fünfzigjährigen Gründungsfeier des Nationalliberalen Reichsvereins in Dresden hatte die Ortsgruppe Dresden der Deutschen Volkspartei zu einem Festabend eingeladen, bei dem auch Reichsminister des Innern Dr. Strefemann sprach. Der Minister war nach Schluß der heutigen Reichstags-Sitzung im Flugzeug nach Dresden gekommen. Strefemann sagte u. a., es sei die Tragik der deutschen Politik nach dem Kriege gewesen, daß man große Worte gebraucht habe, ohne daß dahinter eine Macht gestanden habe. Die Torheit nach der Revolution habe darin bestanden, daß man alles gleichmachen wollte. Man müsse von dieser Gleichheit wieder zurück zur Differenzierung.

Der Minister kam dann auf die Verhängung des Ausnahmezustandes unter seinem Kabinett zu sprechen. Damals, als man vom Chaos über die Stabilisierung hinweg zum Wiederaufbau haben kommen wollen, sei ihm Bayern in die Hände gefallen. Er habe aus Veröffentlichungen des „Vorwärts“ keinerlei Bestimmtheit gewußt, daß von Sachsen aus eine Weltrevolution geplant gewesen sei. Es sei auch festgestellt, daß, wenn von Bayern aus der Marsch nach Berlin angetreten worden wäre, gleichzeitig Deutschland von den fremden Mächten von drei Seiten aus bedrängt wäre. Er sehe in unserer augenblicklichen Politik keine Epoche, sondern nur eine Episode und vergleiche die Zeit mit der der französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß. Man stehe mitten im Kampfe um neue Weltorientierungen. Um den Staat zu retten, müsse vor allen Dingen wieder der deutsche Mittelstand in seine Rechte eingesetzt werden. Die Reichsregierung denke nicht daran, in besonders gefährdeten Gebieten den Ausnahmezustand völlig aufzuheben. Es sei zum Besten Deutschlands auch notwendig, daß es seine alten Kolonien wieder erhalte. Bereits sei eine moralische Isolierung Frankreichs im Werden, und man könne vielleicht sehr bald mit einer völligen Umgestaltung der Welt-politik zur Frage des Verfallens Friedensvertrages rechnen.

(Ueber diese Rede wird noch zu sprechen sein. Für heute sei nur soviel gesagt: Herr Strefemann kann wohl im „Vorwärts“ gelesen haben, daß von Sachsen aus eine neue Weltrevolution geplant gewesen sei, aber daß der „Vorwärts“ diese „Weltrevolution“ ernst nimmt, daß wird er ganz gewiß nicht im „Vorwärts“ gelesen haben. Red. d. „V.“)

Eine Ohrfeige für Lohberg.

Kassel, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatsgerichtshof in Leipzig hat auf die Beschwerde des „Kasseler Volksblattes“, das bekanntlich vom 14. bis 16. Januar von General Reinhard verboten war, den Verstoß gefügt, daß das Verbot zu Unrecht erfolgt sei. In dem betreffenden Urteil, den das „Kasseler Volksblatt“ mit der Ueberschrift „Eine Ohrfeige für Lohberg“ versehen habe, sei keine Verleumdung der Reichswehr zu erblicken. Es sei allerdings über das zulässige Maß der Kritik hinausgegangen. Es ist nicht anzunehmen, daß bei den Lesern der im übrigen rein sachlich gehaltenen Artikel die Reichswehr in beschämender Weise herabgewürdigt worden sei. Das Verbot des „Kasseler Volksblattes“ könne daher nicht aufrechterhalten werden. Der Verstoß war kassiert.

Die „Niederlage von Homburg“.

München, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie zu erwarten war, hat die Vereinbarung zwischen Bayern und dem Reich zur Beendigung des Konflikts in der Fraktion der Bayerischen Volkspartei einen heftigen Sturm hervorgerufen. Die Schmähreden, die gegen den abwesenden Ministerpräsidenten Knilling wegen seiner „Niederlage von Homburg“ erhoben wurden, waren, wie man hört, von einem ungemessenen starken bayerischen Groll getragen. Dem Kenner der Verhältnisse ist es nicht schwer, zu erraten, daß diese Empörung auch diesmal gerade von jenen Politikern zur Schau getragen worden ist, die in ihrem Leben noch niemals über die bayerischen Kirchtürme hinausgesehen haben. Ministerpräsident Knilling ist bekanntlich seit mehreren Wochen an Bronchitis so schwer erkrankt, daß er den Staatsgeschäften vollständig fernbleibt. Er weilt derzeit in einem Kurheim in Garmisch-Partenkirchen. In wohlunterrichteten politischen Kreisen spricht man davon, daß Knilling nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird, eine Voraussetzungsfrage, die angesichts der Tatsache, daß der am 6. April neu zu wählende Landtag nach vor Oftern zusammentreten wird, um eine neue Regierung zu bestellen, die größte Wahrscheinlichkeit für sich hat. Es ist verständlich, daß man bei den augenblicklichen Verhältnissen unter allen Umständen eine Regierungsreise vermeiden will.

Ein zäher Verleumder.

In der „München-Zeitung“ hat Dr. Gausser in einem offenen Brief an den Reichspräsidenten erneut den Vorwurf des Landesverrats erhoben. Der Reichspräsident hat gegen Gausser, der seinen Wohnsitz in Berlin hat, bei der zuständigen Berliner Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen verleumderischer Verleumdung gestellt.

Die Sachverständigenarbeit.

Paris, 22. Februar. (W.T.B.) Das Komitee Dames hat heute vormittag den Stand der Arbeiten seiner beiden Untergruppen zur Kenntnis genommen. Diese Untergruppen hielten heute nachmittags keine Sitzung ab, um ihren Mitgliedern zu ermöglichen, den von den Eisenbahn Sachverständigen Acworth und Besoree eingebrachten Bericht zu studieren; er soll morgen im Komitee zur Erörterung gelangen. Die Mitglieder des Ausschusses für die Bankentfrage sind damit beschäftigt, die Etappen der kommenden Rotenbank zu bearbeiten, während der Ausschuss für die Subjektfrage die letzte Hand an einen Bericht legt, der wahrscheinlich Montag zur Debatte gelangen wird. Das Komitee Rec Kenna hat seine Arbeiten betreffend die deutschen Auslandsgehälter fortgesetzt.

Selbst Polen für den Achtstundentag.

Warschau, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident der polnischen Republik hat am Freitag die internationale Konvention über den Achtstundentag ratifiziert. Danach hat er Albert Thomas empfangen, der auch von der Warschauer Universitätsversammlung gefeiert worden ist. Man wird sich bald auf dem Gebiet der Sozialpolitik genieren müssen, Deutscher zu sein: Nach der Lehre, die solchen des Schwäbiger Volk den eigenen und auch den vielen Deutschen Schwärmern erteilt hat, nach der Ablehnung einer Verlängerung der Arbeitszeit durch die belgische Kammer, geht jetzt sogar Polen den Weg der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens voran, die auch die englische Regierung angekündigt hat. Deutschland

Pfalzpolitik und Verständigung.

Strefemann spricht im Reichstag.

Im Reichstag nahm gestern zur Pfalz-Interpellation Außenminister Dr. Strefemann

das Wort und erklärte: In einer Stelle der Debatte ist davon gesprochen worden, daß man den Dingen in der Pfalz nicht mit Inaktivität gegenübersehen dürfe. Ganz gewiß nicht! Aber die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes in der Pfalzfrage wird man gewiß nicht als inaktiv bezeichnen können. Wir werden demnächst in einem Weißbuch alle Protokolle herausgeben, die sich beziehen auf unsere Schritte in der Frage die uns hier alle angeht. Ich darf darauf hinweisen, daß diejenige deutsche Landesregierung, die am engsten vielleicht mit dem Geschick der Pfalz verbunden ist, die bayerische Regierung, Gelegenheit genommen hat, uns ihren Dank für das auszusprechen, was wir tun konnten innerhalb der Reichsregierung, die wir haben. Zunächst möchte ich Ihnen eine Darstellung geben über die Verhandlungen, die wir über die Pfalz mit Paris geführt haben. Wir haben im November vorigen Jahres eine ausführliche Note über das Verhalten der französischen Besatzungstruppen gegenüber der einheimischen Bevölkerung abgegeben. Frankreich hat darauf im Dezember geantwortet. Diese französische Antwort machte den Versuch, einen kleinen Bruchteil der deutschen Beschwerden zu widerlegen. Ein Eingehen auf den Gesamtinhalt unserer Note lehnte sie prinzipiell ab, mit dem Bemerkten, daß die französische Regierung den Vertretern der alliierten Mächte in Koblenz unrecht läge, wenn sie die Beschwerde Punkt für Punkt beantworteten wolle. (Hört, hört!) Es ist mir aber nicht bekannt, daß die alliierten Mächte in Koblenz den Wunsch ausgesprochen hätten, daß die französische Regierung sich einer derartigen Prüfung unserer Beschwerden nicht unterziehen sollte. Am Schluß der Note war zum Ausdruck gebracht, die deutsche Regierung habe in offenbar schlechtem Glauben Anklagen gegen die französische Republik erhoben, und sich dadurch für alle Beschwerden, die sie in Zukunft vorbringen werde, verächtlich gemacht. (Lebhaftes Hört, hört!) Dadurch wird also von vornherein, ohne daß man unsere Behauptungen materiell prüft, eine Prüfung abgelehnt. Wir haben diese einzelnen Tatsachen sofort zum Gegenstand neuer amtlicher Ermittlungen der französischen Regierung überreichen können, waren wir gezwungen, eine weitere Beschwerde an die französische Regierung zu richten, die die besonderen Verhältnisse der Pfalz notwendig machen. Das war die Note vom 2. Februar, die speziell politischer Natur war, indem sie ohne auf Einzelfälle einzugehen, das Gesamtverhalten Frankreichs gegenüber den Separatisten zum Gegenstand hatte. Die französische Regierung glaubte uns damit abfertigen zu können, daß sie sagte, es seien nicht erwiesene Verleumdungen. Das alles hat uns erneut veranlaßt, das gesamte schon vorher zusammengebrachte Material und auch einige neue Tatsachen der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Das Material, das überreich vorhanden war, wurde in einer erschöpfenden Darstellung am 20. Februar durch den Botschafter in Paris überreicht. Nun will mir heute der deutsche Botschafter in Paris mit

Frankreich lehnt es ab, diese Note entgegenzunehmen.

(Hört, hört!) Es lehnt es ab, sich in Streitigkeiten zwischen Deutschen einzumischen, und sagt, daß die französische Regierung an diesen Streitigkeiten nicht beteiligt sei (Hört, hört!) Frankreich hat versucht, den Separatismus mit dem pfälzischen Volk gleichzusetzen. Ich glaube nicht, daß diese Darstellung heute selbst in der französischen Öffentlichkeit noch aufrechtzuerhalten ist. Wenn sich Frankreich nicht in die Verhältnisse in der Pfalz einmischen wollte, dann würde der ganze Spieß in 24 Stunden zu Ende sein. (Erneute Zustimmung.) Und wenn heute Protest erhoben wird dagegen, daß es zu Bluttropfen gekommen sei, dann ist es hier ebenso wie mit dem Grauen über Vorgänge in der deutschen Geschichte, von dem Herrmann Esen in seinem „Werwolf“ sagt: Wenn man die Geduld eines Volkes bis aufs Äußerste spannt, bis sie reißt, und wenn es dann zu Taten kommt, die zu verurteilen sind, so sind diese doch bei der Verteidigung der natürlichen Rechte eines Volkes durchaus verständlich. (Lebhafter Beifall.) Deshalb soll man die Dinge so nehmen, wie sie sind, und ich fürchte, daß diese neue Tatsache, daß diese Zurückweisung einer bearbeiteten deutschen Note über die Pfalz nur dazu beitragen wird, an Stelle der Verständigung, die jedermann wünscht, auf eine neue Verzweiflung eines Volkes zu setzen, daß derjenige sich betrogen fühlen muß, der davon hört, daß man sich nicht in Streitigkeiten zwischen Deutschen einmischen wolle, während seine ganze Beschwerde darin besteht, daß man ihm nicht gestatte, sein Recht zu wahren. (Zustimmung.)

Wir stehen gegenwärtig in einer Situation, in der die Welt nach einer Lösung der großen Wirtschafts- und Finanzfragen sucht. Jedermann in Deutschland wünscht und erhofft eine Verständigung in dieser Frage. Wenn es sich darum handelt, die deutsch-französische Frage zu lösen, so wird es sich aber nicht nur handeln um das Verhältnis von Kohle und Erz, nicht nur um das Verhältnis von Goldanleihe und Reparationen, sondern jede Verständigung muß ausgehen von dem Verhältnis der Völker zueinander.

Wenn man dem deutschen Volk zumutet und wir auch als Regierung ihm zumuten müssen wie jede andere Regierung es tun möchte, die schwersten Lasten zu übernehmen — denn auch jede Verständigung wird begleitet sein von schwersten Lasten —, dann kann diese Forderung nur gestellt werden an ein Volk, das das eine weiß: daß es

kann sich aber immer noch nicht, insofern des Widerstandes der großkapitalistischen Kreise, dazu entschließen. Man muß nur bedenken, wie diese Gegenüberstellung z. B. auf die Arbeiter in Oberschlesien oder in den abgetrennten Gebieten der Ostmark wirken muß. Noch vor drei Jahren konnte bei der Abstimmung in Oberschlesien Deutschland mit Stolz seine Vorkämpferstellung auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung hinweisen und Zehntausende von polnisch sprechenden Arbeitern haben unter diesem Eindruck für Deutschland gestimmt. Und jetzt!

Unterhauserfolg der Arbeiterpartei.

London, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeiterabgeordnete Ben Gardner brachte heute im Unterhaus einen eigenen Antrag ein dahingehend, daß die staatliche Kontrolle der Mietern um drei Jahre, also bis 1928, verlängert werden sollte, während der unter der Baldwin-Regierung eingebrachte Gesetzesentwurf die Kontrolle bereits am 31. Mai 1925 beenden lassen wollte. Außerdem soll nach dem Antrag Gardner die Grenze der erlaubten Mietssteigerungen auf 25 (statt 10) Proz. herabgesetzt werden. Der zuständige Gesundheitsminister Wheatley stimmte dem Antrag zu, ohne jedoch die offizielle Verantwortung dafür zu übernehmen, und drückte die Hoffnung aus, daß der Antrag auch in zweiter Lesung angenommen werde. Gegen diesen Antrag richtete sich eine starke Opposition von konservativer Seite. Die Konservativen beantragten Ablehnung, wurden aber mit 248 gegen 101 gestimmt und der Antrag in zweiter Lesung angenommen. Da nun erwartet wird, daß die Regierung sich den Antrag zu eigen macht, dürfte er zum Gesetz erhoben werden.

Flottenbau und Arbeiterpolitik.

Zu der bereits gemeldeten Unterhausdebatte, in deren Verlauf der Marineunterstaatssekretär Genoffe Ammon die Mitteilung

mit dieser Last die vertragmäßige Freiheit sich erwirbt, auf die es ein Recht hat. Das gilt für die Pfalz, für das Rheinland, für die besetzten Gebiete überhaupt, für das ganze Volk. (Lebhafter Beifall.) Abg. Henning (Deutschvölk. Freiheitsp.): Ich rufe nicht nach einem Revanchekrieg, weder als Politiker noch als alter Soldat, aber wir warnen davor, das deutsche Volk schließlich doch zur Verzweiflung zu bringen. Nützlich ist vor allem, daß wir im Innern Ordnung und Einigkeit haben, um wieder unseren Platz unter den Völkern einnehmen zu können. Fahren die Franzosen fort, wie bisher, dann kommt der Tag der Vergeltung.

Abg. Ledebaur (U. S. P.) wirft den Rednern der Rechten nationalitäre Aufspaltung der Weidenschaft vor. Die hohe Tatsache, daß England eine Arbeiterregierung hat, wirkt auf Poincaré bereits sichtbar ein.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (S.) bemerkt in seinem Schlußwort: Der Schluß der Pfalzdebatte entsprach nicht dem Ernst der Sache. (Sehr wahr! im Zentrum.) Zu völkischer Propaganda eignet sich die Pfalzfrage nicht. Hier gilt es nicht große Worte zu machen, sondern die stille Tat ist maßgebend. (Sehr wahr!) Wir Pfälzer bleiben dem Reiche treu. (Beifall.)

Damit sind die Interpellationen erledigt. Der deutsch-nationale Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Der Gehentwurf über die Erstattung der von den Ländern und Gemeinden den Beamten in den besetzten Gebieten gezahlten Wirtschaftsbeträgen wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgen Berichte des Geschäftsordnungsausschusses. Es wird u. a. beschlossen, daß eine Anweisung der Beschlußfähigkeit des Hauses in jedem Falle nur unmittelbar vor einer Abstimmung zulässig ist.

Vor der Abstimmung über die Ausschussvorschlüsse bezweifelt Abg. Eichhorn (Komm.) die Beschlußfähigkeit. In namentlicher Abstimmung werden die Vorschläge des Ausschusses mit 157 gegen 108 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Bei der Erörterung eines Schreibens des Abg. v. Graefe führt Abg. Wulle (deutschvölk.) darüber Beschwerde, daß den deutschpolitischen Abgeordneten entgegen dem ausdrücklichen Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses das Reden in Versammlungen verboten ist. General v. Seede und Reichswehrminister Dr. Geyer hätten sich einfach über diese Reichstagsbeschlüsse hinweggesetzt. Der Reichstag sollte es auch nicht dulden, daß die Bureaus von Abgeordneten im Reichstag beschlagnahmt werden.

Der Antrag Wulle wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und einiger Mitglieder des Zentrums und der Demokraten angenommen.

Angenommen wird ein Antrag Warmuth (dnat.), einen Gehentwurf zur Abänderung des Pressegesetzes dahin vorzulegen, daß Abgeordnete als verantwortliche Redakteure periodischer Druckschriften nicht bezeichnet werden dürfen.

Immunität und Hochverrat.

Zum Antrag des Oberreichsanwalts auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. v. Graefe (deutschvölk.) wegen Hochverrats beantragt der Geschäftsordnungsausschuß die Erteilung der Genehmigung.

Das Haus beschließt nach dem Ausschussantrag gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgg. Frölich, Roenen, Remmel, Stoeder, Frau Zeiln und des sozialdemokratischen Abg. Hoffmann-Kaiserslautern wegen Hochverrats und Verordens gegen das Revolutionsgesetz soll nach dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses erteilt werden, dagegen soll die Genehmigung zur Verhaftung der genannten kommunistischen Abgeordneten nicht erteilt werden.

Berichterstatter Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) trägt ein umfangreiches Material aus Briefen und Dokumenten vor, das den Hochverrat der kommunistischen Abgeordneten erweisen soll und weist darauf hin, daß in Amerika, England und Frankreich die Immunität der Abgeordneten in solchen Fällen nicht besteht. Der Berichterstatter ist persönlich auch für die Genehmigung der Verhaftung ein.

Präsident Löbe schlägt die Vertagung vor, da noch eine längere Debatte zu erwarten sei.

Von mehreren Rednern werden gegen den Berichterstatter Vorwürfe erhoben, weil er entgegen dem Ausschussbeschuß für die Genehmigung der Verhaftung plädiert habe.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) erhebt den Vorwurf, daß der Abg. Wunderlich hier Material vorgetragen habe, das er dem Ausschuss vorenthalten habe.

Berichterstatter Abg. Dr. Wunderlich stellt fest, daß er das Material dem Ausschuss vorgetragen habe. (Abg. Frölich (Komm.): Blatte Wügel)

Präsident Löbe: Ich rufe den Abg. Frölich zur Ordnung; er darf nicht „Blatte“ sagen, und dieser Vorwurf ist auch sachlich unbedeutend, da ich selbst einen großen Teil dieses Materials im Ausschuss gehört habe.

Nach längerer weiterer Geschäftsordnungssprache wird die Vertagung dieser Debatte beschlossen.

Nächste Sitzung Diens-tag 2 Uhr: Roset und politische Aussprache über die Notverordnungen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

machte, daß die Arbeiterregierung fünf neue leichte Kreuzer und zwei Zerstörer bauen lassen werde, ist noch auf Grund eines eigenen Drahtberichtes aus London folgendes nachzutragen:

„Wie die Blätter melden, werden die neuzubauenden Kreuzer je etwa 10 000 Tonnen stark sein und mit 200-Millimeter-Geschützen versehen sein. Die Aufträge für alle fünf Kreuzer werden Privatfirmen übertragen. Es wird dadurch unmittelbar Arbeit für 32 000 Erwerbslose verschafft werden, sowie mittelbar für einige weitere Tausend. Macdonald hatte im Unterhaus erklärt, daß diese Bauaufträge unabhängig von der elementaren Regierungspolitik erfolgen würden. Die Fottenpolitik der neuen Regierung sei Gegenstand von Beratungen, in denen sei es die Pflicht der Regierung, veraltete Schiffe zu ersetzen.“

In der französischen Kammer wurde gestern die Beratung der Steuerreformentwürfe der Regierung fortgesetzt und verschiedene Anträge der Linken, die von der Regierung bekämpft wurden, mit Mehrheiten von 115 bis 190 Stimmen abgelehnt.

Staatssekretär Dr. Freund vom Reichsinnenministerium des Innern ist am 22. Februar gestorben. Staatssekretär Freund wurde im Jahre 1861 in Breslau geboren. 1882 wurde er Reichsreferent. 1908 wurde er kommissarisch ins Innenministerium des Innern berufen. Ein Jahr darauf wurde er dort Geh. Regierungsrat und Vortragender Rat. 1911 Ministerialdirektor. Am November 1918 wurde er Unterstaatssekretär.

Der Reichstagsabgeordnete Hoffmann-Schmargendorf, von dem schon längst eine Korrespondenz meldete, er habe sich den Kommunisten angeschlossen, hat jetzt offiziell seinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei mitgeteilt. Hoffmann war schon zuvor wegen Disziplinardruck aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen worden.

Hilfsaktion für Sozial- und Kleinrentner. Am heutigen Sonnabend verbanden Vertreter der Landtagsfraktionen mit dem Wohlfahrts- und dem Finanzminister über Hilfsmassnahmen, die eine im Landtag abgehaltene Konferenz der Sozial- und Kleinrentner gefordert hat.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Metallarbeiter

Kassel, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Reichel, vom Vorstand, referiert in der Vormittagsung über den 10. Intern. Metallarbeiterkongress. Die Zusammenballung des Kapitals moche vor den Landesgrenzen nicht halt. Diese Tatsache bestimme auch die Politik der internationalen Arbeiterchaft. Weiter ging er auf den Bruderkampf in der Arbeiterchaft ein. Wir haben zwei politische Internationalen und das Bedauerliche dieser Tatsache sei die gegenseitige Bekämpfung in der Arbeiterchaft, die ausgeglichen werden müsse. Es scheint ein schwerer Fehler, daß eine Internationale ihren Sitz in einem wirtschaftlich und geistig zurückgebliebenen Lande habe und infolgedessen auch falsche Schlüsse auf die internationalen Verhältnisse ziehe. Die meisten der von der „Roten Internationale“ herausgegebenen Parolen seien durchaus auf russische Verhältnisse zugeschnitten. Die Amerikaner Internationalen suche der geistigen Entwicklung der einzelnen Landesorganisationen gerecht zu werden. In Rom habe die Internationale beschlossen, alles zu tun, um künftige Kriege zu verhindern. Es sei schon merkwürdig, daß ein solcher Beschluß überhaupt zustande gekommen ist. In Luzern habe die Metallarbeiterinternationalen beschlossen, die Produktion von Kriegswaffen zu verhindern. Wenn nicht in allen Ländern diesem Beschluß Rechnung getragen würde, so lägen bestimmte Verhältnisse in einzelnen Ländern zugrunde. Die Forderung auf Beseitigung des Krieges müsse erst im Herzen der Menschheit verankert werden, dann werde sie erfolgreich sein. Die falsche Bewegung in Deutschland werde auf Grund der Stärke der deutschen Arbeiterbewegung keinen Erfolg haben.

Als erster Redner ergreift Höllein (Komm.) das Wort. Er beklagt, daß die Rote Internationale auf russische Verhältnisse eingestimmt sei. Bekannte Heiterkeit löst seine Behauptung aus, daß die Antirömische Internationale nur Resolutionen sogriger, während die Rote Internationale die Arbeiterchaft mit allen Mitteln in den Kampf führen wolle. Die deutsche Arbeiterchaft betreibe eine feige Politik (1), 1914 habe die Internationale versagt und ebenso habe sie später versagt. Man müsse die Bourgeoisie niederschlagen durch Aufriehung der proletarischen Diktatur. Die deutsche Arbeiterbewegung und die Internationale werden von Höllein als reformistisch, verräterisch, feige usw. bezeichnet. Als Höllein behauptet, nur die Revolutionäre hätten beim Ruhrkampf eingegriffen, wird er vom internationalen Sekretär Jig gefragt, was denn die russische Internationale getan habe. Höllein antwortet mit offener Redensarten von diplomatischen Eingriffen (1) usw. (Gelächter.)

Bäcker-Chemisch (USPD): Wenn Weltgeschichte mit Resolutionen gemacht, wenn die Front der Gegner mit Reden erschüttert werden könnten, dann hätten Höllein und seine Freunde einen großen Sieg errungen. (Sehr richtig!) Die Antirömische Internationale — das beweist der Konflikt in Ungarn, das massenhafte Eintreten der Engländer gegen die Politik Baldwin und die Behinderung der Waffentransporte nach Rußland — hat eingegriffen, wo es in ihrer Macht stand. Das habe sogar Lenin anerkannt. (Zuruf: Davon weiß Höllein!) Gerade dort legte der Rückschlag ein, wo eine Ueberbannung der Kräfte durch revolutionäre Reden hervorgerufen wurde, wie in Italien, Ungarn und Bayern. Aus diesen Fehlern müsse man lernen. Wenn sich die Kommunisten davon loslösen könnten, die Außenposten der Sowjetrepublik zu sein, wenn für sie das Interesse des Proletariats und nicht des Staatsinteresses Sowjetrußlands maßgebend wäre, dann könnte dieses Problem gelöst werden.

Jig, Sekretär der Metallarbeiterinternationalen: Wenn die Russen der Internationale nicht angehören, so ist nicht der Metallarbeiterverband daran schuld. Er führt als Beweis an, daß bei den späteren Verhandlungen der Bund auf dem Standpunkt geblieben habe, daß die Organisationen eines Landes nur einer Internationalen angehören können. Das sei die einzig mögliche Stellungnahme. (Sehr richtig!) Das Friedrichshafener Abkommen werde auf dem Kongress in Wien zur Debatte stehen. Er werde es begrüßen, wenn die Rote Internationale verschwinden würde, dann stehe dem Zusammenschluß mit den russischen Gewerkschaften nichts im Wege. In Rumänien hätten es die Anhänger Roskoski fertiggebracht, die mit Mühe aufgebauten Organisationen zu zerstören. Ebenso sei es in Bulgarien und Spanien gegangen. Und die Ungarn könnten auch ein Lied davon singen. Weiter schilberte der Redner den Zusammenbruch in Italien. Aus diesen Vorgängen, aus dieser Ueberbannung der Kräfte müsse man endlich die notwendige Lehre ziehen.

In seinem Schlußwort weist Reichel einige Angriffe Hölleins zurück. Es könne keine Rede davon sein, daß die abgeplitterten Teile einer Landesorganisation in die Metallarbeiterinternationalen aufgenommen würden. Mit der Annahme der von Reichel zu diesem Punkt vorgelegten Entschließung und dem Beschluß, den Wiener Internationalen Metallarbeiterkongress durch neun Delegierte zu beschicken, ist der Tagesordnungspunkt erledigt. Es folgen die Berichte der Beschwerdekommisionen und dann tritt die Mittagspause ein.

Zum Streik der Mühlenarbeiter.

Vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands wird uns geschrieben:

Mit einem Aufgebot von Kriminalbeamten versucht die Polizei, den Streik der Mühlenarbeiter illusorisch zu machen. Man scheint es im besonderen auf die Betriebsratsmitglieder der einzelnen Mühlen abgesehen zu haben. In einem Fall hat man schon ein Betriebsratsmitglied aus dem Streikhof, ohne daß ihm irgendwelche Verfehlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen nachgewiesen werden können, verhaftet. Bei anderen noch im Lokal anwesenden Streikenden hat man Einsicht in deren Papiere genommen und nachher erklärt, daß derjenige, den man noch jage, nicht dabei wäre. Von welcher Seite die Kriminalbeamten den Auftrag zur Verhaftung bekommen haben, ist uns zurzeit noch nicht bekannt. Die Mühlenbesitzer als solche sind nicht untätig, um ihre Arbeitnehmer bis zur Siedehitze zu erregen. Den in der Woche vom 14. bis 20. Februar verdienenden Lohn, der am Freitag abend zur Auszahlung fällig war, hat man den Streikenden zu zahlen verweigert.

Wir glauben nicht, daß es den Unternehmern durch solche Maßnahmen gelingen wird, die Streikenden auch nur eine Minute früher

in die Betriebe zu bekommen, als bis ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind.

Anmerkung der Redaktion: Wenn die Militärbehörde, auf deren Anordnung das Eingreifen der Polizei zweifellos zurückzuführen ist, die Stilllegung wichtiger Betriebe verhindern will, dann möge sie die Unternehmer anhalten, die feither gültigen Löhne zu zahlen. Seit Ende November sind den Berliner Mühlenarbeitern zwei Drittel ihrer Löhne abgebaut worden. Die Mühlenarbeiter wölten arbeiten. Sie wehren sich nur gegen einen weiteren Lohnabbau.

Transportarbeiterstreik in den Geldschrankbetrieben.

Im November 1923 wurden durch Verhandlungen in der Geldschrankindustrie Goldlöhne eingeführt, die bei den Transportarbeitern bereits größere Spannen in der Entlohnung brachten. Bisher betrug der Unterschied von Lohnklasse I zu V 20 Proz. Trotz des Hinweises bei Verhandlungen, daß diese Entlohnungsart bei den Kollegen auf Widerstand stößt und zu Differenzen in den Betrieben führen wird, wurde von den Arbeitgebern eine noch größere Spanne gefordert. Unter Vorbehalt des Gewerkerats Körner wurde vom Schlichtungsausschuß dem Wunsche der Arbeitgeber Rechnung getragen. Der Schlichterspruch belagt, daß der Lohn der Gelehrten bestehen bleibt, der Lohn der Transportarbeiter, Frauen und Jugendlichen um 2 bis 3 Pf. pro Stunde herabgesetzt und damit die Spanne in den Klassen I bis V auf 24 Proz. erhöht wird.

In zwei vom Deutschen Verkehrsband einkaufenen Verfassungen ist dieser Schlichterspruch einstimmig abgelehnt und der Streik beschlossen worden. Die daran beteiligten Organisationen haben nochmals in letzter Stunde den Versuch unternommen, bevor es zur Arbeitsstillsetzung kam, durch Verhandlungen den Streik abzulenken. Die Herren Arbeitgeber lehnten Verhandlungen ab, so daß seit gestern die Transportarbeiter der Geldschrankbetriebe sich im Streik befinden. Den Arbeitgebern ist es mit Hilfe des Schlichtungsausschusses gelungen, den Lohn der Transportarbeiter um 14 Proz. seit November 1923 zu kürzen.

Warenhaus-Praktiken.

Durch die Unsicherheit der Existenz veranlaßt, sind die als „Aushilfen“ in Warenhäusern tätigen Frauen und Mädchen nur allzu leicht bereit, auf ihren zulehnden Rechte, z. B. auf die Vererbung des Betriebsrates oder das vermittelnde Eingreifen der Gewerkschaft zu verzichten. Wen will es also wundernehmen, wenn die Warenhausbesitzer von der Möglichkeit, Aushilfen einzustellen, nur allzu gern Gebrauch machen. Man sollte jedoch annehmen, daß das soziale Verständnis der Arbeitgeber sie veranlassen würde, die einflussreichen Aushilfskräfte durch den ständigen Arbeitsnachweis zu beziehen, um dadurch gerade solchen Personen eine Erwerbsmöglichkeit zu geben, die bereits eine längere Arbeitslosigkeit hinter sich haben und sonst der Erwerbslosenunterstützung weiter zur Last fallen würden.

Aber weit gefehlt! Die Berliner Warenhäuser stehen heute wieder im Zeichen des Kampfes um die Kundhaft. Und diese glaubt man dadurch am ehesten zu gewinnen, indem man sie von autonomen Damen bedienen läßt, deren zwar oft sehr geringe Branchenkenntnis durch ein gepflegtes Verhalten aufgewogen wird. Daß die Warenhäuser erst vor wenigen Monaten Entlassungen in großer Zahl vorgenommen und man bei dieser Gelegenheit die Entlassenen mit dem Verprechen getränkt hatte, bei Neueinstellungen gerade sie wieder zu berücksichtigen, scheinen die Herren Arbeitgeber total vergessen zu haben.

Dieses Verhalten der Warenhausbesitzer erscheint jedoch erst dann in richtiger Beleuchtung, wenn man auch hinzufügt, welchen Kreisen die neueingestellten Aushilfen entstammen. So hat eines der größten Berliner Warenhäuser als Aushilfen verheiratete Frauen eingestellt, deren Männer zum großen Teil sich im Besitze einer kaufmännischen oder technischen Stellung befinden oder als (in einzelnen Fällen sogar höhere) Staatsbeamte tätig sind. Gewiß, wir erkennen gerne an, daß die Mitarbeit der Ehefrauen in diesen Familien eine traumatische Notwendigkeit bedeutet. Aber dann sollte man die Aushilfen auch gerade diesen notleidenden Schichten entnehmen und nicht zulassen, daß den arbeitslosen Frauen und Mädchen von solchen Personen das Brot ferngenommen wird, die es nicht brauchen, um ihren Hunger zu stillen, sondern die lediglich die Befriedigung eines unter normalen Verhältnissen viel leicht berechtigten Bedürfnisses durch ihren vorübergehenden Lebensberuf bezwecken. Sollte es notwendig sein, sind wir jederzeit bereit, auch die Namen solcher unsozialen Arbeitgeber der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Abwehr der Arbeitszeitverlängerung im Einzelhandel.

In der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß am 20. Februar ist es gelungen, das Bestreben der Arbeitgeber nach Einführung des Rechnungskundentages zu durchkreuzen. Bis zum Ablauf des Monatsarbeitsvertrages am 31. März ist damit die Verbesseerung des Arbeitsvertrages gesichert. Ferner wurde vereinbart, die Januurgehälter auch für den Februar gelten zu lassen.

Das Ergebnis dieser Verhandlung bedeutet jedoch keineswegs, daß die Arbeitgeber ihren Wunsch nach Verlängerung der Arbeitszeit aufgegeben haben. Bereits in diesen Tagen werden die Verhandlungen über den ab 1. April geltenden Monatsarbeitsvertrag beginnen, durch den die Arbeitgeber hoffen, zu einer verlängerten Arbeitszeit zu gelangen. In solchen kritischen Momenten ist es mehr denn je notwendig, daß sich die Mitglieder um ihre Organisation, den Zentralverband der Angestellten kümmern.

Generalversammlung der Fleischer.

In der letzten Generalversammlung der Ortsverwaltung Groß-Berlin des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen gaben die Kollegen Well, Fischer und Schulz den Geschäftsbericht. Die Lohn- und Tarifbewegungen nahmen alle verführbare Zeit und Kräfte in Anspruch. Die bildende und aufstrebende Arbeit sowie das Vormarschstreben des gewerkschaftlichen Gedankens in den Reihen der Nicht- und Andersorganisierten innerhalb des Berufes mußte fast ganz unterbleiben. Mit dem Arbeitgeberbund und den Darmstädtergeschäften mußten Streiks wegen Lohn- und Tarifdifferenzen sowie um die Anerkennung der Organisation geführt werden. Zurzeit bestehen zwei Kollektivverträge und sehr historische. Die Arbeitsmöglichkeiten waren während der Inflationszeit

sehr schlecht. Kurzarbeit herrschte vor. Die Landwirte gaben fast kein Vieh ab, dazu kam die geringe Konsumkraft der Bevölkerung. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten gelang nur in bescheidenem Umfange. Erst mit dem Eintreten stabilerer Verhältnisse wurde die Beschäftigungsmöglichkeit besser. Trotzdem ist die Arbeitslosen ziffer im Januar 1924 gegen Dezember 1923 von 1115 auf 1674 gestiegen; das ist darauf zurückzuführen, daß gelernte Fleischer, die in anderen Berufen Unterschlupf suchen mußten, wieder zurückkehrten. Die Arbeitgeber sind drauf und dran, das Bestimmungsrecht der Beschäftigten zu beschneiden. Die Mitarbeit der Kollegen muß mehr als bisher einsinken, speziell trifft das im Leder- und Fleischergewerbe zu. In der Diskussion wurde keine Kritik an der Geschäftsführung geübt. Die bisherigen obengenannten Angeestellten wurden wiedergewählt.

Vergolder und Rahmenmacher.

In der Vergolder- und Rahmenmacherbranche forderten die Arbeitgeber bei den Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Rahmentarifs eine Verlängerung der Arbeitszeit. Eine Einigung zwischen den Parteien kam bisher nicht zustande; die Verhandlungen sind bis auf weiteres vertagt. In der Frage der Entlohnung wurde eine Uebereinkunft getroffen, die besagt, daß in Zukunft alle Branchenangehörigen die Löhne der Rahmenmacher erhalten.

Unternehmerterror im Bergbau.

Essen, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Schanzmacher im Bergbau aeben in den letzten Tagen mit einer geradezu grenzenlosen Rücksichtslosigkeit vor. So hat der Müllheimer Bergwerksverein (Zeche Hagendorf) weitere Kündigungen vorgenommen, wovon zum Teil Leute betroffen wurden, die 25 und mehr Jahre bei diesem Verein beschäftigt waren. Die Brutalität geht so weit, daß man auch Berufe auf die Strafe wirft, die im Dienste des Brubenkapitals verstimmt wurden. Man bringt es sogar fertig, Arbeitern, die im Krankenhaus liegen, die Kündigung ins Haus zu schicken. Leider tragen die Bergarbeiter vielfach selbst die Schuld an dem struppelosen Vorgehen der Industriellen, daß sie sich durch ein Antirebellenverbot, wie es nicht einmal in der Kriegszeit üblich war, zu Ueberstunden einschüchtern lassen, die über alles Maß hinausgehen und zweifellos ganz erhebliche gesundheitliche Schädigungen zur Folge haben werden. Die Kranken- und Verletztenziffern steigen bereits in bedenklicher Weise. Das muß sich bei der Förderung derselb billiger rächen. Den Bergarbeitern muß allerdings zugute gehalten werden, daß sie sich zu Ueberleistungen nur herbeilassen infolge des Terrors des Unternehmertums, das jeden Bergarbeiter rückwärts erdrückt, der nicht das verlangte Maß fördert. Unter den Bergarbeitern herrscht eine ungescheure Empörung, die eines Tages für das gesamte Wirtschaftsleben schwere Folgen haben kann.

Handarbeitsarbeiter der Schuhbranche! Das am 10. Januar ab vereinbarte Lohnabkommen mit dem Zentralausschuß der Arbeiterverbände der Schuhbranche wird in den einzelnen Fabrikbetrieben um ca. 10-12 Proz. ab 28. Februar erhöht. Tarifabläufe sind wegen Materialknappheit im Bureau des Deutschen Verkehrsbandes Zimmer 28 erhältlich.

Schirmmacher! Eine österreichische Bruderorganisation hat um zur Verteilung an arbeitslose Schirmmacher einen Geldbetrag abzuverleihen, Arbeitslose Kollegen der Branche mögen sich umgehend im Bureau, Zimmer 28, melden. Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsbüro Berlin.

Der Abschluß des Dodarbeiterstreiks ist noch nicht endgültig zustandekommen. Die Vereinbarungen zwischen den Vertretern des Dodarbeiter und Unternehmern sind am Freitag nachwols auf der Dodarbeiterkonferenz diskutiert worden. Es wurde beschlossen, die Konferenz bis Montag zu vertagen, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, in ihren Distrikten mit den Dodarbeitern Rührung zu nehmen. Der Streik kann deshalb nicht vor Montagnachmittag endgültig beendet werden. Sicher ist, daß in verschiedenen Provinz lästen an der sofortigen Erhöhung der Löhne um 2 Schilling hat der sofortigen Erhöhung um einen Schilling und einer nachmaligen solchen Erhöhung am 1. Mai, wie die Unternehmer angeboten haben festgehalten wird, so daß die Verhandlungen in den Distrikten auf Schwierigkeiten stoßen werden.

USPD-Metallarbeiter!

Am Donnerstag, den 28. Februar, abends 7 Uhr, in den Schinken Essen, Centralstr. 16-17, Großer Saal, Versammlung (Ausschuß der USPD, Metallarbeiter, 1. Sitzung über den Verlauf des letzten Verhandlungstages des Metallarbeiter, 2. Erörterung wichtiger Angelegenheiten. Das Erscheinen ist über USPD-Metallarbeiter im Pflicht. Der Vorstandschuß.

In der Gewerkschaft deutscher Volkshilfen (im USPD) spricht am Montag 7 Uhr Oberlehrer S. B. über den Schulbau in Groß-Berlin, in Rathaus, Spandauer Straße, Zimmer 109. Auch im letzten Teil wichtige Tagesordnung: USPD und Schulnotgemeinschaft, Vertretung des USPD in Reichstag u. a.

Gesetz-, Kapazitäts- und Vertikalstreikverband, Wärmelose Inauguralversammlung am Sonntag vormittag 10 Uhr in den Schinkel-Gesellen, Wis 106/107, 22.

Verantwortlich für Politik: Ernst Kasper; Wirtschaft: J. B.; Ernst Kasper; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Schulwesen: J. B.; Schicht: Schicht; und Schicht: Felix Kasper; Einzelnen: K. Gleditsch; in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61, Lindenstraße 3 bis 5 Berlin.

Nährstoffs-Makronen

Dieses feine Backwerk, das sich ebenso vorzüglich als süßer Nachschick wie als Gebäck zu Kaffee, Tee oder Schokolade eignet, wird folgendermaßen bereitet. Man schlägt 3 Eiweiße steif, mengt 300 g Zucker — am besten Vanillezucker —, 1/2 abgeriebene Zitrone und etwa ein halbes Palet Nährstoffs leicht durcheinander. Von dieser Masse leat man mit einem Löffel kleine Häufchen auf ein mit Butter bestrichenes und mit Mehl bedudertes Kuchenblech. Dann bäckt man die Makronen etwa 20 Minuten bei mäßiger Hitze

Bedenken Sie immer, daß jede einzelne der leichten, lockeren, goldbraunen Makronen einen hohen Nähr- und Genusswert hat, der sich in jedem mit Nährstoffs bereitetem Gericht zu einer nährreichen, unverdaulichen Mahlzeit veredelt. Die vorstehend schmeckt, gut verdaulich und wenig fettig. Die vorstehend zu haben in allen einschlägigen Geschäften. Nährstoffs-Rezeptbuch gratis verlangen.

WELTBEKANNTE

BATSCHARI

QUALITÄTSMARKEN

Eden

Jackett-Anzüge 25, Ulster 22, Gummimäntel 16 M. Extra-Angebot in Pelzwaren: Kreuztuchse 10, Ziegen 15, Sportpelze 70, Gampelze 103, Pelzmäntel, Pelzjacken, ferner Teppiche, Wäsche, Gardinen, Läufer usw. enorm billig im Gelegenheits-Kaufhaus Moritzplatz 58a

Im Kampf mit der Arbeitslosigkeit.

Aus der Arbeit des Landesarbeitsamtes Berlin.

Beim Landesarbeitsamt Berlin fand gestern eine Konferenz statt, in der Stadtrat Brühl über die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes und über Maßnahmen zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwerbslose berichtete.

Seit einiger Zeit macht sich ein Rückgang der Erwerbslosenziffer bemerkbar, aber auch jetzt ist sie noch erschreckend hoch. Am 16. Februar waren in den Arbeitsnachweien rund 248 000 Arbeitsuchende eingetragen, von denen 182 000 Personen (143 000 männliche, 39 000 weibliche) Erwerbslosenunterstützung bezogen. Die laufende Woche hat eine weitere Senkung der Erwerbslosenziffer auf 169 000 Unterstützte (134 000 männliche und 35 000 weibliche) gebracht. Die Versuche des Landesarbeitsamtes,

Koststandsarbeiten

in Gang zu bringen, werden noch durch den Frost behindert. Sie sollen bei Eintritt milderer Witterung in größerem Umfang aufgenommen werden. Kleine Koststandsarbeiten werden hauptsächlich für die städtische Verwaltung ausgeführt. Doch schweben auch Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion Berlin darüber, ob die Arbeiten an ihren stillgelegten Bauten als kleine Koststandsarbeiten weitergeführt werden können. Als große Koststandsarbeiten werden zurzeit durch Berliner Erwerbslose ausgeführt: bei Belten der Kanalbau und die Erschließung des dortigen Industrie- und Siedlungsgebietes und südlich von Königs-Wusterhausen die Kultivierung von Dieldland und teilweise Befestigung. Bei Belten arbeiten jetzt 340 Erwerbslose, die Gesamtzahl soll bis auf 3000 gesteigert werden. Bei Königs-Wusterhausen werden 600 Erwerbslose Beschäftigung finden, jetzt arbeiten dort schon 380. Geplant sind Arbeiten der städtischen Hochbauverwaltung, der städtischen Tiefbauverwaltung, der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, Arbeiten zur Instandsetzung privater Wohnhäuser, auch zur Gewinnung von Baustoffen für gemeinnützigen Wohnungsbau. Restaurationsprojekte sind bisher wegen der Finanzierungsfrage auf Schwierigkeiten gestoßen. — Stadtrat Brühl erwähnte auch die vicumstrittene

Pflichtarbeit

der Erwerbslosen, die auf eine Reichsverordnung zurückzuführen ist. Der Untersaushaus des Landesarbeitsamtes hat für jede volle Unterstützungswoche acht Stunden, bei Schwerarbeit sechs Stunden Pflichtarbeit festgesetzt. Die Unterstützungsempfänger können angehalten werden, die für drei Wochen bestimmte Pflichtarbeit hintereinander zu leisten. Sie leisten dann dreimal acht Stunden (bzw. dreimal sechs Stunden) und sind danach für drei Wochen ihrer Pflicht ledig. Die Pflichtarbeit muß gemeinnützig sein, d. h. dem allgemeinen Nutzen dienen. Es dürfen nicht Arbeiter entlassen werden, damit hinterher ihre Arbeit von Erwerbslosen als Pflichtarbeit ausgeführt wird. Zu den Pflichtarbeiten gehören Schneebeseitigung, Straßeneinigung, Schuleinigung, Erd-, Garten- und Friedhofsarbeiten, Arbeiten an Spiel- und Sportplätzen, an dem fruglich Tempelhofer Feld. Wird Pflichtarbeit ohne triftigen Grund verweigert, so wird die Unterstützung kritlos entzogen. Grundsätzliche Befreiung einzelner Berufe von Arbeiten anderer Berufe gibt es nicht. Jeder Unterstützungsempfänger hat auch außerhalb seines Berufes und seines Wohnortes eine Pflichtarbeit zu übernehmen, die ihm nach seiner Körperbeschaffenheit zugemutet werden kann. Anknüpfung muß herbeigeführt werden; künftig erfolgt Unterstützung durch den Gewerbeamt. Pflichtarbeit wird als Gegenleistung für die Erwerbslosenunterstützung gefordert, Koststandsarbeit aber wird durch einen Zuschlag zur Erwerbslosenunterstützung abgegolten. Für besonders gute Arbeit wird eine Prämie gezahlt, für Fleißarbeit ist eine Sonderprämie festgesetzt. Seit Anfang Dezember 1923 sind 98 000 Pflichtarbeiter-Tagewerke geleistet worden. In der Woche vom 4. bis 9. Februar wurde 3259 Erwerbslosen eine Pflichtarbeit angeboten; wegen Weigerung wurde in 566 Fällen (14 Proz.) die Unterstützung entzogen. Doch wie es auf das entscheidende mißbilligen, Erwerbslose für Pflichtarbeit mit der langen Unterstützung abzuleisten und ihren auch die Koststandsarbeit noch unter Tarif zu bezahlen, ist im „Vorwärts“ wiederholt gesagt worden. Den Erwerbslosen wird

diese Entlohnung nicht dadurch annehmbar gemacht, daß die Stadt dabei den Weisungen der Reichsregierung folgen muß.

Berufswechsel als Ausweg.

Wichtig ist, daß Erwerbslosen auch die Möglichkeit geschaffen wird, sich anderen Berufen zuzuwenden. Das ist z. B. bei Erwerbsbeschränkten (Tuberkulösen, Verkrüppelten usw.) oft noch die einzige Rettung. Aber auch vollbeschäftigte Erwerbslose können nur zu oft ohne Umschulung (sodast nicht wieder in Arbeit gebracht werden. Mittel der Produktion Erwerbslosenfürsorge werden zur Umschulung verwendet, für die schon seit 3½ Jahren besondere Kurse für die Arbeiter verschiedener Industrien eingerichtet sind. Auch Kurse zur ergänzenden Weiterbildung einseitig vorgebildeter Kaufleute sind nötig geworden. Sehr bewährt haben sich die Nähkurse. Zurzeit ist die Konfektion etwas aufnahmefähiger, so daß man als Näherin leichter unterkommt. Auch Angestellte und Beamte der Reichs- und Staatsbehörden, die dem Abbau zum Opfer gefallen sind, gehen durch die Umschulungskurse.

Das Landesarbeitsamt, dem das Landesberufsamt angegliedert ist, läßt sich die Sorge für die Jugendlichen besonders angelegen sein, um von ihnen die Gefahr längerer Arbeitslosigkeit möglichst abzuwehren. Zur Beschaffung von Arbeits- und Lehrstellen für sie werden auch die Provinzorte herangezogen. Um die jugendlichen Erwerbslosen von der Straße fernzuhalten, sind Kurse für Bürgertunde, Gesundheitspflege, Arbeits- und Arbeiterhygiene, für Kunst, Gesang, Turnen, für Rufen und Fäden eingerichtet. Die Mädchen werden zur Saubereinigung und zur Mitarbeit in Küchen von öffentlichen Speiseanstalten oder in Kindergärten und Kinderhorten herangezogen. Auch Führungen durch Kunstausstellungen und durch Großbetriebe werden geboten. Eine sehr nützliche Arbeit ist seit Dezember eingeführt. Aus Stoffresten, die von Geschäften unentgeltlich gespendet wurden, haben Mädchen in Pflichtarbeit sehr hübsche Kinderkleidung angefertigt. Diese Erzeugnisse ihres Reiches kommen Armen zugute, denen sie durch die Wohlfahrtspflege überwiehen werden. Spandau hat mit dieser Arbeit begonnen, Schöneberg und Neukölln haben sich angeschlossen, Lichtenberg folgt jetzt, auch Wedding will folgen.

Keine Arbeitsmöglichkeiten in Japan.

Das japanische Konsulat mit Gesuchen überschwemmt.

Das japanische Konsulat teilt uns mit: Seit längerer Zeit wird das japanische Konsulat in Berlin mit persönlichen und schriftlichen Anfragen und Gesuchen mit der Bitte um Anstellung in Japan überschüttet. Bei der jetzt herrschenden großen Arbeitslosigkeit in Deutschland ist dies nur zu natürlich. Es sei hierzu folgendes bemerkt:

Die Flut der Gesuche begann vor etwa drei Jahren mit Anträgen ehemals aktiver Militärpersonen um Anstellung in der japanischen Armee und Marine, welche stets abschlägig beantwortet werden mußten mit dem Hinweis darauf, daß in der japanischen Armee und Marine prinzipiell keine Ausländer eingestellt werden. Die zweite Periode der Meldungen datiert von der Erdbebenkatastrophe in Japan am 1. September 1923 her, nach der sich Tausende von Arbeitslosen, besonders Bauhandwerker, um Beschäftigung beim Wiederaufbau Tokio und Yokohamas bewarben und noch dauernd bewerben. Auch auf alle diese Gesuche kann nur verneinend geantwortet werden. Die dritte Periode hat vor kurzem eingesetzt mit Meldungen von Landwirten, die sich im Norden Japans auf der Insel Hokkaido ansiedeln möchten. Auch hierfür besteht zurzeit keinerlei Aussicht. Vor einigen Tagen erschien sogar eine Frau aus Landwirtskreisen, die von weither auf eine Zeitungsnachricht hin die Reise nach Berlin angetreten hatte, nach Bureauaufschluß des Konsulates hier angekommen war und die Nacht auf einem Bahnhof zurecht brachte, um am nächsten Morgen zu erfahren, daß keinerlei Aussichten für sie bestanden. Der Grund für alle diese Anfragen ist meist in Zeitungsnotizen zu suchen, welche in leichtsinniger Weise, ohne die Richtigkeit der Nachricht erst

nachzuprüfen, veröffentlicht wurden. So sind die Meldungen zu den Wiederaufbauarbeiten in der Hauptstadt zurückzuführen auf Notizen in oberflächlichen, sprechhaften und rühmlichen Zeitungen, die in präzisester Form die Nachrichten von solchen Anstellungsmöglichkeiten brachten.

Wenn man bedenkt, wieviel Mühe und Kosten allein durch Portoauslagen und Briefpapieraufwand die Bittsteller haben, wieviel falsche Hoffnungen erweckt werden, so ist es doch im allgemeinen menschlichen Interesse wünschenswert, wenn derartige Nachrichten erst genau nachgeprüft werden. Zu solchen Auskünften steht das japanische Konsulat in Berlin jederzeit zur Verfügung.

Die mangelhafte Zensur.

Der fünfzehnjährige Hans Pohlmann hat sich durch einen Sturz auf den Hof aus dem Fenster der Treitschke-Realschule das Leben genommen. Die Furcht, seinen Eltern eine mangelhafte Zensur zur Unterschrift vorzulegen, hat ihn in den Tod gejagt. Gerade in dem Augenblick, wo der Ordinarus mit der Mutter — der Vater ist zurzeit verreist — die in die Schule gittert worden war, Rückfrage nahm. Das der Sachverhalt. Ein hochsensitives Verfahren wird nun eingesetzt werden. Man wird versuchen, das Maß der Schuld nun auf Schula, Haus und dem Jungen selbst mit pedantischer Genauigkeit abzumägen. Ein augloses Unterfangen. Es ist nicht der erste und wird wohl auch nicht der letzte Selbstmord von Schülern sein, die von unvernünftigen Eltern und jugendvernichtenden Schülern in den Tod getrieben werden. Dort, wo der jugendlichen Seele im kritischen Zeitpunkt ihres Entwicklungsalters in Haus und Schule Verständnis und Liebe entgegengebracht wird, kann es nie zur Selbstvernichtung des im Grunde lebensbejahenden jungen Menschen kommen. Wo es aber geschieht, kräftigt die Schuld Schule und Haus, sie mögen sich noch so sehr dagegen sträuben. Kausale Frage, in welchem Maße sie schuld sind. Der Tote wird dadurch dem Leben nicht wiedergegeben. Der Sinn dieses Anabenopfers heißt aber: Vorbeugen! Schlimmeres verhindern! Das ist nur möglich, wenn Eltern mit lebender Aufmerksamkeit die Entwicklung ihres Kindes verfolgen und wenn Lehrer nicht Schulmeister, sondern Erzieher, mehr noch, Kameraden und Freunde sind. Der Bericht besagt, daß der Selbstmörder ein frischer Junge gewesen sei. Welche guten und edlen Kräfte mögen mit ihm zugrunde gegangen sein!

Selbstmordversuch einer Siebzehnjährigen. Die 17jährige Fortbildungsschülerin Hildegard E. stürzte sich nachmittags aus dem Küchenfenster der eiserlichen Wohnung in der Phobener Straße drei Stockwerke tief in den Hof hinab. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen brachte man die Unglückliche nach dem Krankenhause Am Friedrichshain. Sie hatte schon des öfteren Selbstmordgedanken geäußert und jetzt die Tat begangen, nachdem sie von ihrer Mutter mehrere Ohrfeigen erhalten hatte.

Der anstößige Strohhalm.

Eine „Karikatur“ auf den Justizabbau.

Wegen einiger Strohhalme hatte sich das Gericht zweimal unter einem großen Zeugenaufgebot mit der hochwichtigen Frage zu beschäftigen, ob einige Strohhalme, die beim Abladen von Waren auf die Erde gefallen waren, ein „Verkehrshindernis“ bedeuten. Die Sache, die dem Staat mehrere hundert Goldmark kostete, lagen folgende Tatsachen zugrunde:

Ein Großkaufmann Blumenthal, der im Osten Berlins ein Enkaustroggeschäft betreibt, hatte einen Waggon Ware erhalten, die vor dem Geschäft abgeladen wurde. Dabei fielen auch einige Strohhalme auf die Straße. Ein des Weges kommender Schupobeamter nahm hieran Kergarnis und verlangte das unverzügliche Forträumen des Strohs, was „hierdurch der Berkehr gesperrt werde“. Der Auffcher mißte sich vermittelnd ein und erklärte, daß man nach dem Abladen natürlich die Straße von den 5 oder 10 Strohhalm befreien werde. Der eifrige Polizeibeamte ersuchte den Arbeiter jedoch barsch, den Wagn zu balden, da er nicht gefragt sei. Der Kaufmann ging nun zum Polizeirevier, um sich über den Beamten zu beschweren. Dabei kam es nochmals zu einer Auseinandersetzung, bei der Blumenthal sich der Beleidigung schuldig gemacht haben soll. Mit dieser Haupt- und Staatsaktion hatte sich das Schöffengericht zu beschäftigen, da de

(Nachdruck durch Welt-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Wahrscheinlich könne auch diese Frage nur von dem Standpunkte aus, daß es eine herrschende und eine ausgebeutete Klasse gäbe, richtig beantwortet werden, sagte Katharina. „Bistest du nicht diese Frage so stellen: Was erhält das bürgerliche Kind von der Umwelt dafür, daß es seinen Protest, sein Wesentlichstes: sein Ich und damit sein Schöpferium und die Fähigkeit, das Leben auch pflüchlich zu erleben, aufgibt, sich un'erordnet, sich der Umwelt anpaßt, selbst zu einem Teile der Umwelt wird gegen noch Protestierende? Und was tauscht das proletarische Kind gegen die Aufgabe seines schöpferischen Ich ein? Was widerfährt dem Bürgerkinder, wenn es versucht, zu kämpfen, zu protestieren? Und was geschieht in diesem Falle dem proletarischen Kinde? Erhalten beide und geschieht beiden das gleiche?“

Sie hörten, wie jemand abprang, das Fahrrad gegen die Mauer lehnte. Eine Sekunde später trat der junge Arbeiter ein, atmend, verschwitzt und seelenruhig lächelnd. „Die ganze Belegchait der Hommeschen Papierfabrik ist in den Streik getreten, Genossin Lena.“ Er wisperte sich mit dem Taschentuch rund um den Hals. „Der Genosse Ingenieur läßt dir sagen, du sollst morgen früh um sieben Uhr in der Redaktion sein.“ Und da sie n'chte war er draußen.

Sie rief ihn zurück. Ob die Werkmeister und Borarbeiter mitstreikten?

„Ah, wo werden denn diese Urkämpfer mitstreikten! Er will ja auch auswärtige Streikbrecher heranziehen. Aber unsere Streikposten stehen schon. Auch am Bahnhof! Die Polizei, selbstverständlich, ist auch schon amarschiert!“

„Da möchte ich gleich Streikposten stehen,“ sagte Jürgen, „gegen Herrn Hommes.“

„Das belohnen die Betriebsgenossen schon selber.“ Sie setzten sich wieder. Und da Jürgen mit den Augen fragte, fuhr sie fort:

„So acwih es ist, daß die Natur die Trennung der Menschen in Klassen, das heißt: die Verhunzung des Menschen durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung, immer wieder

aufhebt durch das Hervordringen körperlich und geistig vollwertiger Kinder bürgerlicher und proletarischer Eltern, so unzweifelhaft ergibt sich aus dem, was ist, daß die Trennung in Klassen auf bürgerliche und proletarische Kinder total verschieden wirkt.“

Unser Lebens war die Gefühlsschwere von Jürgen gegenüber sieht, denen sie, im Gegensatz zu den bürgerlichen das sich nicht anpassen will, geschieht, weiß niemand besser als du und ich,“ sagte er, im Blute tiefe Freude über die schwer erungene persönliche Befreiung. „Ein zeitliches festlich gefährdeter Mensch, Irrenhaus oder Selbstmord! Oder, bestenfalls, als Dreißigjähriger ein zuckendes Nervenbündel!... Und für die anderen, für die übergroße Mehrzahl, für diejenigen Bürgerkinder nämlich, die den Kampf gegen die Umwelt sofort aufgeben, ist das Nichtmehrprotestieren, das Sich-aufgeben, das Sichanpassen gleichbedeutend mit Bequemlichkeit, kampflosem Siegen, mit der uneingeschränkten Möglichkeit, sich zu bilden, mit glattem Emporkommen in eine bevorzugte Stellung, mit stonedemgemäher Heirat, mit Reichtum, Macht, Beachtetwerden, kurz: mit dem vollen Genuße des Lebens... Die geben ihr Ich hin, tauschen aber dafür alles ein, was das Leben bietet.“ Er schob den nicht ganz geleerten Teller auf die Seite.

Durch die rückwärtige Tür trat Katharinas Wirtin ein, stellte einen Krug voll Wasser neben das schmale Eisenbett. „Schläft der Genosse hier? Die letzte 54 ist nämlich weg... Dann bringe ich die Decke.“

„Er schläft doch nicht hier,“ sagte Katharina. „Nein, nein, er schläft nicht hier.“

Und Jürgen fuhr schnell fort: „Das Sichanpassen des Bürgerkinder wäre demnach gleichbedeutend mit dem vollen Lebensgenusse eines Angehörigen der herrschenden Klasse. Dieser Angepakte ist dann zwar in keiner Weise mehr er selbst, ist eine Ich-Leiche, aber eine geachtete, mächtige, herrschende, die das Leben, wie es ist, mitbestimmt und die's Leben genießt. Eine Leiche, die lebt und gut lebt! Von dieser Seite ist also gewiß nichts zu erwarten für die Befreiung.“

„Wenn aber die Umwelt,“ sagte Katharina, „sich ändern gegenüber sieht, denn sie, im Gegensatz zu den bürgerlichen Kindern, für das Sichanpassen nichts zu geben hätte als Not, Dual, Bräuel in legaler Form, die Verweinerung aller Bildungsmöglichkeiten und des Lebensgenusses, nichts als Hunger, Kälte, Schmutz, Arbeitsmühen für andere und Demütigungen

auf allen Wegen? ... Das Proletarierkind, das geneigt ist sich der Umwelt anzupassen, wird von der Umwelt selbst, wird durch die herrschende Klasse und deren Staat immer wieder in den Protest gegen die Umwelt zurückgestoßen. Dieser brutale, unaufhörliche Stoß verleiht und erleichtert dem proletarischen Kinde die Möglichkeit, etwas mehr von seinem Ich zu bewahren. Die Proletarier kommen aus dem Proteste nie ganz heraus, können folglich ihr Ich nie ganz verlieren und sind auch mit aus diesem Grunde als Klasse schöpferisch und dazu bestimmt, im Gange der Weltgeschichte über die unerschöpflich gewordene bürgerliche Klasse hochzusteigen... Aber erst in der klassenlosen Gesellschaft tritt dein Reines Ich auf den Plan, wird es jedem einzelnen verstatet sein, er selbst zu werden und zu sein.“

Jürgen sah den Bierköpfigen, hob langsam den Kopf, empor aus dem Lauschen und seinen Vorstellungen, blickte den Gedanken erit formulierend, Katharina an: „Auf der einen Seite also, in der kapitalistischen Gesellschaft, meinst du: ungeheuerliche Ungleichheit in materieller Hinsicht und ein vielleicht noch ungeheuerlichere blödsinnige Gleichheit aller im Geistigen...“

„Ja, und das wird Individualismus genannt.“

... auf der anderen Seite, in der klassenlosen Gesellschaft: materielle Gleichheit für alle und infolgedessen, nicht wahr, infolgedessen im Geistigen absolute individuelle Verschiedenheit jedes einzelnen von jedem einzelnen. Jeder ein Reines Ich! Ein schöpferischer Mensch!“

„Und das wird die öde Gleichmacherei der Sozialisten genannt... Zwischen diesen zwei Extremen liegt allerdings zunächst die Revolution.“

„Wie unfähig wunderbar das sein wird: Die Seele die ihr Ich durch den Körper gewinnt und im Gleichgewicht in sich selber ruht.“

Beide schwiegen. In die Stille klang wieder das in sich erstickende Geschrei des Säuglings. Fernher tönten Pufferknall und die monotonen Rufe der Eisenbahner, die einen Zug zusammenstellten.

Dieser Befreiungsversuch war ein herrlicher Seiten sprung, dachte er stolz, lächelte gerührt, wie über eine teure Jugenderinnerung. Und trat in seinem Gefühle wieder ein in die Reihen der Millionen, die sich auf dem langen, generationenlangen Marsche befanden.

(Fortsetzung folgt.)

Kaufmann wegen Widerstandes gegen polizeiliche Anordnungen und Beleidigung angeklagt wurde. Die Verhandlung ergab jedoch, daß nur 4 oder 5 Strohhalme auf der Straße gelegen hätten und daß von einer Verkehrsstörung keine Rede sein konnte. Blumenthal wurde deshalb freigesprochen, auch von der Anklage der Beleidigung, weil nach Ansicht des Gerichts der Beamte den Vorfall außerordentlich aufgebauscht habe. Die heilige Hermandad begnügte sich mit diesen gerichtlichen Ermittlungen nicht, denn erstern hatte sich nun auch der Richter zu verantworten, der „den Mund nicht hatte halten können“. Rechtsanwält Thernal bezeichnete beide Anklagen als eine Karikatur auf den Justizabbau. Er zitierte die Ansicht des Gerichts aus der ersten Verhandlung, das erklärt habe, die Gerichte müßten zusammenbrechen, wenn jeder Schupo mit ähnlichen Anzeigen käme. Infolgedessen wurde auch der Richter freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt. Wenn der Clown im Zirkus, um höher zu stehen, sich auf ein Blättchen Papier stellt, dann lacht das ganze Haus. Ueber den Polizeibeamten, der sich an fünf Strohhalme „stützt“, wird vermutlich ganz Berlin lachen.

Dobermänner vor dem Schöffengericht.

Angeklagt vor dem Potsdamer Schöffengericht: drei Dobermänner. Ihnen wird zur Last gelegt, die Tür ins Freie benutzt zu haben. Vergehen gegen § 40 des Viehsteuergesetzes. Dieser Paragraph besagt, daß die Angeklagten in der toten Zeit, in der wir leben, auch im Zimmer angeleitet liegen müssen. Diese gewissermaßen polizeilich gefesselte Wachsamkeit konnten die mit Ja Stammbaum versehenen Angeklagten und ihre Verteidiger nicht begreifen. Die Verteidiger verwiesen auf das Widersinnige dieser Verordnung, zumal ihre Klienten Wachdienste zu versehen hätten. Dobermann I hatte Nachdienst in einem Herrenmodenatelier, in dem schon zweimal vorher eingebrochen worden. Mit dem § 40 konnte er hier keine Wachdienste tun. Als sein Herr eines Nachts das Atelier kontrollierte, weckte der Dobermann aus Reinlichkeitsgründen für zwei Minuten hinaus und ließ ausgerechnet einem Schupo man zwischen die Beine. Der zweite Ankläger hatte nachts große Paarräume zu bewachen und lief deshalb auf dem umfrießenden Hof gewissenhaft hin und her. Der dritte Dobermann hatte in einem Hotel die Kasse zu bewachen und war nach § 40 an einem Billardtischchen angeleitet worden. Mehrere mitleidige Gäste konnten das Gewinsel des Hundes nicht mit ansehen und hatten diesen von der Reite freigemacht. Schnurstrafs nahm Dobermann III den Weg ins Freie. Der Anwalt beantragte gegen die Dobermänner Geldstrafen in Höhe bis zu 1000 Goldmark. Das Schöffengericht liehe aber nicht so sehr an dem Buchstaben des Gesetzes, wie der Vorsitzende selber bemerkte, sondern liehe die Dobermänner eins und drei laufen, während Nr. 2 wegen Fahrlässigkeit mit 5 M. Geldstrafe davon kam. Ein anderer Angeklagter von derselben Fakultät hat ohne Wissen auf einem Rollwagen gefessen. Aber seine Sache war noch nicht spruchreif.

Raubüberfall auf eine alte Frau. Beide Täter verhaftet.

Am Freitag früh wurde die 73 Jahre alte Witwe Josefa Inbrunn in der Reinholdsdorfer Str. 45 in ihrem Bett überfallen und geraubt. Die alte Frau, die allein daheim, hat an 4 Schlägen abgemietert. Einer von diesen, ein Arbeiter Willi Knispel, genannt Stein, blieb am Freitagmorgen allein zurück, als die anderen drei die Wohnung verließen, um ihre Arbeitsstelle aufzusuchen. Frau Inbrunn schlief noch. Kurz nach 6 Uhr schlich sich nun Knispel, nachdem er einen ihm befreundeten Arbeiter Rattis von der Straße heraufgeholt hatte, in ihr unverschlossenes Zimmer ein, fiel über sie her und würgte sie am Hals; steckte ihr einen Knobel in den Mund und fesselte sie an Händen und Füßen. Dann warf er noch eine Decke über die Hüfte, öffnete mit seinem Freunde die Behälter und holte heraus, was mitnehmenswert erschien. Inzwischen paden die beiden alle Wäsche zusammen, dazu auch noch verschiedene Sachen der anderen Schlafbürschen aus deren Zimmer. Mit der ganzen Beute verschwanden die Räuber, bevor Frau Inbrunn sich rühren konnte. Erst nach einiger Zeit gelang es ihr, die Decke von sich abzuwälzen und sich mit dieser Mühe ganz freizumachen. Sie ging dann gleich selbst zur Wache des 47. Regiers und meldete den Überfall. Die Kriminalbeamten des Reviers nahmen sofort die Verfolgung auf, und es gelang ihnen auch bald, die Räuber dingfest zu machen. Beide hatten sich nach der Wohnung eines gemeinsamen Bekannten in der Reinholdsdorfer Str. 100 begeben und wurden hier im Laufe des Vormittags festgenommen. Von den geraubten Sachen hatten sie nur einen Teil bei sich. Wo sie die anderen Sachen gelassen haben, weiß man noch nicht.

Großfeuer in Weiskensee.

Am Freitag nachmittag kam in der Großen Seestr. 122, Ecke der Berliner Straße in Weiskensee aus bisher noch nicht ermittelter Ursache Feuer zum Ausbruch. Als die Ortsteuerwehr und die von Hohen Schönhausen an der Brandstelle ankamen, standen dort schon Gedenkerfässer und der Dachstuhl des Gebäudes in solcher Ausdehnung in Flammen, daß unverzüglich mit mehreren Schlauchleitungen vorgegangen werden mußte. Aus Berlin erste Courat Reinde zur Brandstelle, an der mit mehreren Motorspritzen tüchtig gelöscht wurde. Die Flammen hatten reiche Nahrung gefunden und gefährdeten, von einem starken Winde unterstützt, das angrenzende Haus. Gegen Abend war man des Feuers Herr.

Eine Kundgebung für den gefährdeten geistigen Mittelstand findet am Sonntag, den 24. Februar, vormittags um 11 Uhr, im Plenarsitzungsaal des Reichstags in Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert statt.

Neue deutsche Wohlfahrtsbriefmarken.

Am 25. Februar beginnt die Reichspostverwaltung bei sämtlichen deutschen Postanstalten mit dem Verkauf von neuen Wohlfahrtsbriefmarken zu 5, 10, 20 und 50 Pf. Die zugunsten der Deutschen Rothhilfe ausgegeben werden. Die Marken werden zum Vierfachen des Nennwerts verkauft. Es ist eine einmalige Auflage von je 5 Millionen Stück in den Farben grün, rot, blau und braun angefertigt worden. Die Zuschläge werden ohne Bezug an die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Rothhilfe (Berlin W. 8, Wilhelmstr. 62) abgeführt. Der Ertrag ist für Volksspeisungen und andere Wohlfahrtszwecke bestimmt. Als Vorbild für die Briefmarken sind vier der berühmtesten Wandgemälde von Moriz von Schwind in der Elisabethgalerie auf der Wartburg gewählt worden. Sie geben eine Darstellung von „Werken der Barmherzigkeit“ als Sinnbild des Wirkens der Deutschen Rothhilfe: die hungrigen Speisen, die Durstigen tränken, die Nackten kleiden, die Kranken pflegen.

Die freiwilligen Beiträge

für den Reichstagswahlkampf werden nicht der einzelnen Person, — auch nicht dem engeren Vorstande gegeben.

Der Organisation in Berlin

werden sie vielmehr zur Deckung der enormen Ausgaben bei der bevorstehenden Wahl, und zur Bekämpfung der Reaktion zur Verfügung gestellt.

Zahle jeder Opferwillige

der es kann, deshalb schnell und reichlich auf das Postfachkonto Nr. 48743 an Alex. Pagels, SW 68, Lindenstr. 3.

Wieder tägliche Sitzungen des Marktgerichts. In den letzten Tagen haben die Anzeigen und Feststellungen wegen Wuchers wieder erheblich zugenommen. Das Marktgericht Berlin-Mitte, das seine Sitzungen im Polizeipräsidium abhält und in letzter Zeit nur drei bis vier Tage in der Woche tätig zu sein braucht, sieht sich daher veranlaßt, wieder tägliche Sitzungen abzuhalten. Die Schuldingen werden meist in der Zentralmarkthalle und deren Umgebung festgesetzt.

Ein tödlicher Autounfall ereignete sich vorgesternabend bei See Iow in der Markt. Der Chauffeur Schellin, der ein Geschäftsauto der Firma Regelin-Berlin führte, hatte seinem Mitfahrer, dem Arbeiter Krüger, das Steuer übergeben, obwohl dieser des Fahrens völlig unfähig war. Pöliglich sauste das Auto gegen einen Baum und Krüger wurde mit solcher Wucht gegen den Baum geschleudert, daß ihm der Kopf zermalmt wurde und der Tod auf der Stelle eintrat. Die anderen Fahrgäste, die übrigens sämtlich angegurten waren, sind unverletzt davongelommen. Der leitende Krafwagenfahrer Schellin ist der Kriminalpolizei übergeben worden.

Der Unfall auf der Hochbahn, über den wir am Mittwochabend berichteten, hat sich nach einer Darstellung der Direktion der Hochbahngesellschaft in folgender Weise zugezogen. Der Verunglückte sprang aus dem dritten Wagen eines Zuges, der im Begriff war, den Bahnhof Bülowstraße zu verlassen und sich bereits in ziemlich großer Geschwindigkeit befand. Der Fahrgast wurde beim Herauspringen gegen einen am Ende des Bahnhofes befindlichen Signalmast geschleudert und fiel dann unter den fahrenden Zug; er erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er einige Stunden später im Urban-Krankenhaus, wohin er gebracht wurde, verstorben ist. Diese Darstellung ändert natürlich nichts an den von uns wiederholt charakterisierten Umständen auf der Hochbahn. Zweifellos ist der Verunglückte das Opfer dieser Zustände geworden, denn man kann alle Tage beobachten, daß Fahrgäste, die im Innern des Wagens eingesperrt sind, an ihrer Zielstation vergebliche Anstrengungen machen, herauszukommen, und erst im letzten Augenblick, wenn der Zug bereits im Anfahren ist, an der Tür sind.

Die Deutschland-Hilfsaktion des Papstes in Amerika hat eine überaus warme Aufnahme gefunden und wird ohne Zweifel ein glänzendes Ergebnis erbringen. Bei der Zentralstelle in Washington liegen nach einer Meldung der „Römisches Volkszeitung“ 30 000 Kilogramm Kleidungsstücke und 10 000 Kilogramm Lebensmittel zur Hilfeleistung für das hungernde Deutschland zur Abwendung bereit.

Berlin in Vergangenheit und Gegenwart. Prof. Dr. Lampe, einer der besten Kenner der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Berlins, spricht heute Sonntag, 8 Uhr abends, in der Aula des Berliner Realgymnasiums, W. 4, Promenade, über „Berlin in Vergangenheit und Gegenwart“. Zahlreiche Originalabbildungen ergänzen den Vortrag.

Zum Eisenbahnunglück bei Ludwigstadt.

Zu den Berichten einiger Blätter, daß der Eisenbahnunglück am 18. Februar d. J. bei Ludwigstadt (Eiserne Lichtsels-Probstzella) auf ein Versagen der technischen Einrichtung, d. h. der durchgehenden Güterzugluftdruckbremse, zurückzuführen sei, wird mitgeteilt, daß die bisherige amtliche Untersuchung nicht die geringsten Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Annahme ergeben hat. Es steht bisher lediglich fest, daß der Zug eine übergroße Geschwindigkeit angenommen hatte. Möglicherweise ergibt sich jedoch eine weitere Klärung, wenn die beschädigten Fahrzeuge auseinandergenommen und die Luftdruckteile einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden sind.

Aus der Partei.

Für und gegen die Parteipolitik.

Auf dem Bezirksparteitag für Oldenburg, Ostfriesland, Dsnabrück in Wilhelmshaven wurde am letzten Sonntag nach einem Referat des Genossen R. Hildenbrand vom Parteivorstand und ausführlicher Debatte mit allen gegen 9 Stimmen eine Resolution angenommen, die dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion das Vertrauen ausspricht.

Eine entgegengesetzte Resolution war zuvor mit der gleichen Mehrheit abgelehnt worden.

Umgekehrt wurde in Hagen-Wesfalen nach einem Referat des Genossen Witmeier-Berlin die Haltung der Reichstagsfraktion von der dortigen Bezirkskonferenz verurteilt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

13. Kreis Tempelhof-Marziesdorf. Sonntag, den 24. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr. Festlichkeitsabend mit den Parteipolitikern und der Kommunisten Zentralleitung im Rathaus Marziesdorf, Zimmer 24.

Sozialistisch-wissenschaftlicher Diskussionsabend für Beamte. Die Sitzungen finden auf Veranlassung der Parteileitung von jetzt ab 14tägig statt. Nächste Sitzung Sonntagabend, den 1. März.

1. Kreis Mitte. Die Abteilungsleiter werden ersucht, umgehend die Namen und Adressen der Delegierten zum Bezirksparteitag dem Parteivorstand zu melden. — Die Kranienfeier am Sonntag, den 24. d. M., findet nicht von 3-5, sondern von 1-7 Uhr statt. Gezeigt wird der Film „Aus der Werkstatt eines Kulturfilms“. Karten sind noch zu haben im Bureau des Theaters beim Genossen Wolfstein.

Heute, Sonntag, den 23. Februar:

26. Wkt. Bezirksleiter, Betriebsgruppenleiter und Gewerkschaftsfunktionäre werden ersucht, die Kommunisten zur Wahl umgehend vom Genossen Walter, Reker Str. 17, abzuholen.

Morgen, Sonntag, den 24. Februar:

28. Wkt. Marziesdorf. Vormittags 8 1/2 Uhr „Normals“-Kaffeehaus. Jungspatzen. Gruppe Krepten: Führung durch das Märkische Museum. Treffpunkt Punkt 9 10 Uhr vor dem Museum.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Wissenschaftlich-humanitäres Komitee. Sonntag, den 23. Februar, 8 Uhr. im Graf-Baudel-Saal, An den Alleen 94, Vortrag des Schriftstellers Eugen Herrmann über Otto Reisinger, sein Leben und Lebenswerk.

Gemeinschaft proletarischer Arbeiter, Dietzstraße 10/11. Unterhaltungsabend Sonntag, den 24. Februar, 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schellhose, Wartenstraße, unter Mitwirkung von Margarete Wolfst. (Wieder zur Sonne und Regalitäten.) Anrede hält Genosse Dr. Kroll.

Religiöse Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr, Vespergottesdienst, Vortrag des Herrn E. Himmel: Hugo Wolf. (Das moderne Lied.) Gefangliche Einlagen: Frau Himmel. Gäste willkommen.

Arbeitersport.

Arbeiter-Sport. Berlin-Spandau am Sonntag, den 24. Februar. Gruppe Ost: Wilmersdorf I—Charlottenburg I, Wilmersdorf, Ernst-Gedenkstad (Richte 12), Richte 3 I—Richte 1 I, Schönhauser Allee, 14—4, Rühlhölzer-Jugend (Richte 12), Gruppe West: Roland I—Lichtenberg 2 I, Schönhauser Allee, 104—12, Brühl-Berlin (Richte 12), Gruppe Süd: Richte 12 II—Roland III, Schönhauser Allee, 104—12, Rohn-Kraus (Lichtenberg 2), Gruppe Nord: Roland II—Spandau, Schönhauser Allee, 1—12, Rühlhölzer (Richte 12). — Gesellschaftsspiel: Richte 1 II—Charlottenburg II, Wilmersdorf, 12—4.

Die Parteipolitik der Freien Turnerschaft Wilmersdorf hat am Sonntag, den 24. Februar, die 4. Mannschaft der Parteipolitik der Freien Turnerschaft Charlottenburg bei sich zu Gast. Das Spiel findet auf dem Vereinsplatz Wilmersdorferstraße, Ecke Röhlinger Straße, statt. Beginn 2 Uhr. Die beide Vereine über eine trefflich gute und schnelle Mannschaft verfügen, so ist beider Sport zu erwarten. Arbeiter und Sportfreunde, unterstützt uns durch euren Besuch!

Berliner Arbeiter-Sportklub. Die Abteilung Charlottenburg spielt regelmäßig Dienstag von 8-10 Uhr im Lokal von Ostfeld, Bismarckstr. 57, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße. Am Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, findet ein Wettkampf folgender Gruppen statt: Charlottenburg I M. gegen Arden I I. M., Charlottenburg II M. gegen Werten 2 M., Gäste sind stets herzlich willkommen.

1. Kreis, 4. Bezirk (Kreuzberg). Am Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, Parteipolitik der Parteipolitik der Freien Turnerschaft in Berlin hat zwei Reichstagskandidaten zu erwählen. Tagesordnung: Kreispolitik, Kreispolitik, Kreispolitik. — 4. Bezirk, 1. Gruppe, Reichstagswahlmannschaft am Sonntag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, bei Einlenzer Wälden, Ecke Brommestraße.

Arbeiter-Reiseverein „Selbsttätigkeit“. Touren für Sonntag, den 24. Februar, 2. Wkt.: Auktour durch den Grunewald. Treffpunkt 1 Uhr Bahnhof Grunewald. Sitzungen und Gasts ist Preisfest, 13. 4. Wkt.: Spandau Linien. Start 1 Uhr Landberger Platz, 4. Wkt.: 1 Uhr am Start Rappenhöher Str. 26. 16. Wkt.: Seibtrug. Start 1 Uhr Comeniusplatz, Dienstag, den 24. Februar, Kellnersitzung; Donnerstag, den 28. Februar, Nachwarte-Sportausführung abends 7 Uhr Schule Weismehlersstraße. — Freitag, den 29. Februar, 7 Uhr, bei Hiltner, Schreiber Str. 23—24, Funktionärsversammlung für Groß-Berlin. Einleiten aller ist Pflicht.

Café Zielka Variété-Kabarett, Friedrichstraße 66, Ecke Leipziger Straße, nachm. 4 1/2, abends 7 1/2 Uhr: Großes Programm

M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbuser Tor
Einsegnungs-Anzüge
von Gm. 20.- bis 45.-
Prüfungs-Anzüge
von Gm. 17.- an

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden
find Sanitätsrat
Dr. Wasserschneider's Brust-Tee
sowie das zugehörige Tropfen
nach Original-Vorschrift leicht kräftig erweichen und bestens bewährt.
In Original-Verpackungen erhältlich:
Elefant-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 74 (Dönhofspl.)



Eine neue CONSTANTIN für 3 Pf.
MIT GOLDMUNDSTÜCK

Hergestellt aus edlen-rein orientalischen
Tabaken. * Mild im Geschmack.
Voll-flach im Format.

FORDERN SIE DIESE MARKE IHRER GÜTE WEGEN IN ALLEN SPEZIALGESCHÄFTEN

Wirtschaft

Die erste Festmarkt-Messe.

Die eben zu Ende gegangene Königsberger Messe verdient eine doppelte Würdigung. Sie war die erste Messe nach der Inflationszeit. Deshalb sind ihre Ergebnisse geeignet, die Kauf- und Exportkraft der deutschen Wirtschaft nach dem noch nicht vollzogenen Reinigungsprozess neu zu tagieren. Zweitens ist die Königsberger Messe als Ostmesse immerhin ein gewisser Gradmesser für den Stand unterer wirtschaftlicher Beziehungen zu den Wirtschaften im Osten.

Im allgemeinen kann man sagen, daß Veranstalter und Aussteller in Königsberg auf ihre Kosten gekommen sind. Die Kaufkraft des Inlandes erwies sich größer als man erwartet hatte. Die Textil-, Leder- und Schuhwarenbranche wurde besonders freudig übertrifft. Auch Genussmittel, Küchen- und Hausgeräte konnten reichlich abgesetzt werden, wenn auch die Aufträge im allgemeinen nicht besonders umfangreich waren. Fraglich ist nun, ob die in Erscheinung getretene Kaufkraft eines fast rein agrarischen Gebietes kontinuierlich und Ausdruck eines Dauerbedarfs oder nur die natürliche Folge der durch Inzenturkäufe ziemlich ausgedehnten Lager des Groß- und Detailhandels ist. Die Leipziger Messe, die am 2. März beginnt, wird über diese äußerst wichtige Frage Aufklärung schaffen.

Das Ausland, für das besonders die Randstaaten in Frage kommen, verhielt sich im allgemeinen reserviert, obwohl Spielräume sehr stark abgelehnt. Keine Maschinen und landwirtschaftliche Bedarfsartikel stark gefragt wurden und besonders bei den litauischen Einkäufern starkes Interesse für Baumaterialien und elektrotechnische Artikel bestand. Wenn es nicht zu größeren Abschlüssen kam, lag das vorzugsweise an den noch immer überhöhten deutschen Preisen, die gegenüber den Auslandspreisen nicht ganz wettbewerbsfähig sind. Im übrigen wird auch von der deutschen Geschäftswelt auf die kaufmännische Unsicherheit in den Oststaaten hingewiesen, die einen normalen Güterausgleich mit dem Osten noch immer erheblich erschwert.

Der Kampf um die Baumwolle.

Der Weltkrieg hat auf die Weltwirtschaft, besonders auf ihre Produktions- und Absatzverhältnisse umwälzend gewirkt. Die Produktionsgebiete wichtiger Rohstoffe haben nicht nur ihre Befestigung, sondern es entstanden infolge des Krieges ganz neue Rohstoffquellen, an die man in der Vorkriegszeit noch gar nicht dachte. Auf dem Gebiete der Baumwollherzeugung sind Südamerika und Australien, die in den letzten Jahren mit dem Anbau der Baumwolle in größerem Maßstabe begonnen haben. Die südlichen Einflüsse auf die Gesamterzeugung der Baumwolle haben die beiden genannten Gebiete bis jetzt noch nicht zuwischen können. Jedoch zeigt die Statistik, daß die geerntete Menge von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Man darf bei der Bewertung der Ernte vor allem den wesentlichen Umstand nicht vergessen, daß sowohl in Australien, als auch in Südamerika die Pflege der Baumwollpflanzungen noch lange nicht die Höhe der alten Baumwollgebiete, z. B. die der Vereinigten Staaten, erreicht hat. Mit fortschreitender Kultivierung der Anbauflächen für Baumwollpflanzungen wird das Erntergebnis dieser Gebiete ganz bestimmt steigen. Maßgebende Faktoren versichern, daß der Boden gerade in Südamerika in bezug auf Baumwolle eine viel höhere Ertragsfähigkeit besitzt, als der in Nordamerika. Bis jetzt war Amerika das Hauptbaumwollland. Es konnte auf Grund seiner gewaltigen Ernten die Preise diktiert und die Baumwollindustrie aller Länder maßgebend beeinflussen. In den nächsten Jahren wird es sich entscheiden, ob Amerika das Hauptbaumwollland der Erde bleiben kann und inwieweit es seine Diktatur über die Rohbaumwollpreise aufrechterhalten kann.

Die Aussichten für Amerika sind nicht besonders günstig. Das zeigt folgende Zusammenstellung:

Der Anteil der einzelnen Länder an der Gesamterzeugung der Baumwolle (in Prozenten ausgedrückt) betrug:

	1911/12	1912/13	1917/18	1923/23	1923/24
Vereinigte Staaten	69	62,0	62,0	40	47,0
England	22	27,5	28,25	83	83,5
Verstärkte Länder	9	10,5	9,75	18	19,5

Die Tabelle zeigt den heftigen Kampf zwischen Amerika und England um den Baumwollmarkt. Die Zahlen sprechen ganz entschieden gegen Amerika. Es brachte noch im Jahre 1911 rund 69 Proz. der Gesamterzeugung an Baumwolle auf. Im Laufe von ungefähr 12 Jahren sank seine Beteiligung auf 47 Proz. England ist also auf dem besten Wege, die Führung in der Baumwollherzeugung zu bekommen. Mit seinen Kolonien besitzt das britische Weltreich schon jetzt die meisten Baumwollspinnweben und hat dafür auch den größten Baumwollverbrauch. Die Zeit ist also nicht mehr fern, wo an Stelle von New York das englische Liverpool die Baumwollpreise diktiert wird.

Währungspolitik und Geldtheorie.

Der bekannte Finanztheoretiker und Bankdirektor Dr. A. Albert Hahn hat unter dem Titel „Unsere Währungsfrage im Lichte der Geldtheorie“ einen im Januar in Frankfurt gehaltenen Vortrag im Druck erscheinen lassen (1924, Frankfurter Sozialverlag G. m. b. H., Abt. Buchverlag, Frankfurt a. M.).

Das Schriftchen ist eine Kritik an der verflochtenen wie an der gegenwärtigen Reichsbank- und Währungspolitik. Theoretische Grundlagen der Kritik ist die Quantitätstheorie, die in dem Satz gipfelt: „Die Vergrößerung der Menge des in einem Lande umlaufenden Geldes ist (bei gegebener Umlaufgeschwindigkeit und Gütermenge) stets und allein die Ursache und nicht etwa bloß Parallelercheinung oder gar Folge einer Preiserhöhung.“ Wenn die Quantitätstheorie richtig ist — und über ihre Richtigkeit gibt es in der heutigen Wissenschaft kaum noch verschiedene Meinungen —, dann ist die Teuerung Folge der Inflation, nicht ihre Ursache.

Auf der Gegenseite der von Hahn vertretenen deflationistischen Anschauung stehen die Inflationisten. Sie haben keine klar formulierte Theorie, aber eine um so verhängnisvollere „erfolgreiche“ Praxis. Nach ihrer Auffassung ist die Inflation die Folge der Teuerung, nicht ihre Ursache. Nach dieser Anschauung ist also die Menge des umlaufenden Geldes ohne Einwirkung auf den Geldwert. Die Praxis, der diese Anschauung zugrunde lag, war die Währungs- und Kreditpolitik des Reichsbankdirektors Hahnstein und seines Theoretikers Helfferich.

Die Schrift enthält auch eine Kritik der Rentenmark und der projektierten Goldnotenbank.

Übergang der preußischen Staatsschuldverwaltung auf das Reich. Nachdem durch die Kriegserhältnisse der Umfang der Reichsschulden wesentlich über den der preußischen Staatsschulden hinausgewachsen ist, hat sich für die Reichsregierung die Notwendigkeit ergeben, die Verwaltung ihrer Schulden einer eigenen Behörde zu übertragen. Demzufolge beabsichtigt die Reichsregierung nach Vereinbarung mit dem preußischen Finanzminister zum 1. April 1924 die bisher von der preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden unter der Bezeichnung „Reichsschuldverwaltung“ geführte Verwaltung der Reichsschulden einer Reichsbehörde unter derselben Bezeichnung zu übertragen und zu diesem Zwecke die erforderlichen Beamten von der Hauptverwaltung der Staatsschulden zu übernehmen.

Kilim-Micam-Abkommen. Das zwischen den Deutschen Kilimwerken und der Micam getroffene Abkommen ist um drei Monate verlängert worden. Die Werke verpflichten sich, bis zum Ablauf dieses Vertrages 8000 Tonnen Stickschwefel zu liefern. Dagegen garantiert die Micam die Zufuhr von Stickschwefel nach dem unbefestigten Gebiet gegen eine Abgabe von 1 Prozent.

Der Stand der deutschen Auswanderungsquote. In der vom amerikanischen Konsulat in Bremen veröffentlichten amtlichen Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der deutschen Auswanderungsquote wird dem „Hamburger Fremdenblatt“ vom amerikanischen Generalkonsulat ergänzend mitgeteilt, daß die Auswanderungsquote bereits im Dezember erschöpft gewesen ist. Es besteht aber die Möglichkeit, daß die Einwanderungserlaubnis im April d. J. wieder erteilt werden wird.

Durchschnittspreise im Verkehr des Berliner Lebensmittelgroßhandels mit dem Einzelhandel vom Freitag, 22. Februar.

Die Preise verstehen sich in Goldmark für je 50 kg frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	13,75—16,00	Malzkeflee, gepackt ..	23,00—25,00
Gerstengraupen, lose ..	13,75—16,00	Röstgetreide, lose ..	13,00—16,50
Hafersack, lose ..	14,00—15,00	Kakao fettarm ..	100,00—12,00
Hafersack, lose ..	15,50—16,50	Kakao, leicht entölt ..	13,00—150,00
Roggenmehl 6/1 ..	13,00—14,00	Tea Souchon ..	342,00—2,00
Weizenmehl ..	15,00—18,50	Tea, indisches ..	425,00—43,00
Hartgeröst ..	22,00—22,50	Inlandszucker basis met.	38,0—39,00
7/8 Weizenmehl ..	14,75—15,75	Inlandszucker Raffinade	41,00—43,00
Weizen-Auszugmehl ..	17,00—1,00	Zucker Würfel ..	46,00—48,00
Speiserbsen, Viktoria ..	19,00—23,00	Konstanz ..	40,0—45,00
Speiserbsen, kleine ..	16,00—18,00	Zucker sirup hell in Eim.	49,00—
Bohnen, weiße, Perl ..	28,00—24,00	Speisesirup dunk in Eim	33,00—35,00
Langbohnen handverles.	3,00—31,00	Marmelade Eintr. Erb.	108,00—133,00
Linzen, kleine ..	26,00—33,00	Marmelade Vierfrucht ..	33,00—35,00
Linzen, mittel ..	30,50—40,00	Pflaumenmus in Eimern	30,00—
Linzen, große ..	4,15—45,00	Senf, lose ..	3,70—4,00
Kartoffelmehl ..	16,0—18,00	Siedesalz, lose ..	4,00—3,20
Makkaroni ..	40,00—45,00	Bravensch-alk in Tierces	60,00—
Makkaronimehl ..	36,00—37,00	Bratenschmaltz in Kübeln	71,00—
Schnittmehl, lose ..	21,00—26,00	Purelard in Tierces ..	67,00—
Bruchweizen ..	15,50—17,00	Purelard in Kisten ..	67,50—70,00
Rauweizen Reis ..	17,00—19,00	Speisetaig in Packung ..	49,00—52,00
Talereis, glasiert, Patna	21,00—31,00	Speisetaig in Kübeln ..	47,00—49,00
Talereis, Java ..	7,00—26,00	Margarine, Handel, I.	56,00—
Rindfleisch, amerik.	115,00—125,00	desgl II ..	48,00—52,00
Getr. Pflaumen 90/100 ..	43,00—49,00	Margarine, Spezialm. I.	77,00—
Pflaumen, entsteint ..	52,00—55,00	desgl II ..	57,00—59,00
Rosinen in Kisten, Candia	75,00—85,00	Mpfl. ereimutter ..	22,00—25,00
Sultaninen Carab-rna ..	85,00—95,00	Ländbutter ..	198,00—200,00
Korinthen, choice ..	80,00—90,00	Auslandbutter ..	220,00—226,00
Mandeln, süße Bari ..	145,00—160,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	35,00—36,50
Mandeln, bittere Bari ..	130,00—139,00	Speck, gesalzen, fett ..	60,00—64,00
Zimmt (Cassia) ..	118,00—129,00	Quarkkäse ..	40,00—50,00
Kümmel, holländischer ..	14,00—16,00	Illäster Käse, vollfett ..	35,00—50,00
Schwarzer Pfeffer sinesigap.	98,00—104,00	Tilsiter Käse, halbfett ..	35,00—40,00
Weißer Pfeffer ..	130,00—141,00	Ausl. ungerück. Condens-	
Rohkaffee Brasil ..	17,00—205,00	milch 4 1/2 ..	23,50—25,00
Rohkaffee Zentralamerika	140,00—300,00	Inlandsche desgl. 4 1/2 ..	19,00—20,00
Röstkaffee Brasil ..	225,00—270,00	Int. gez. Condensm. 4 1/2	25,50—29,50
Röstkaffee Zentralam. ..	215,00—400,40		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Grundsteuer und Personalabbau Vom Landtag verabschiedet.

Der Landtag nahm gestern in namentlicher Abstimmung die Vorlage über die Grundsteuer mit 256 gegen 102 Stimmen an. Das ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Der Einspruch des Staatsrats gegen die Steuer wird damit hinfällig.

Auch die Personalabbauverordnung wurde in allen drei Lesungen und in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten genehmigt. Annahme fanden weiter die Ausschusshandlungen, daß die unzureichenden Bezüge der Beamten, Staatsangestellten und Staatsarbeiter schleunigst aufgehoben werden sollen und hierbei eine sozial gerechte Berücksichtigung des Familienstandes stattfindet und die Lebenshaltung durch Herbeiführung eines weiteren Preisabbaues erleichtert werden soll.

Bei der ersten Beratung der Notverordnung über die Gewerbesteuer wurde die Vorlage, die auch die Besteuerung der Konsumvereine auspricht, in namentlicher Abstimmung mit nur 10 Stimmen Mehrheit angenommen. Der von den Sozialdemokraten eingebrachte Änderungsantrag, der die Besteuerung der Konsumvereine befiehlt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 161 gegen 145 Stimmen abgelehnt.

Im Verlauf der Sitzung sprach sich der volksparteiliche Finanzminister v. Richter über die Frage des Beamtenabbaus aus. Der Minister wies zunächst auf die demagogische Kampfwelt der Deutschnationalen hin, die bisher immer nach dem Beamtenabbau geschrien haben und nun plötzlich den Beamtenabbau ablehnen. Ebenso verhalte es sich mit der Stellung der Deutschnationalen zum Finanzproblem. Man bekämpfe die Vorläge der Regierung auf das heftigste, denke aber nicht daran, durch Änderungsanträge etwas Besseres an die Stelle des angeblich Schlechten zu setzen. Für die Länder sei es ebenso sehr wie für das Reich eine heilige Pflicht, aus der Defizitwirtschaft herauszukommen. Aus diesem Grunde müsse der Personalabbau erfolgen. Im Reich betrage die Abbaugrisparnis bisher 200 Millionen, bei Preußen werde sie sich auf jährlich 80 Millionen belaufen. Beim Abbau dürfe man nicht die ungeheuren Härten noch durch Herinnahme von Außenleitern verneinen, nur bei ganz besonderten Stellen und bei ganz besonderen Berichten könnten davon abgegangen werden können. Den Oberpräsidenten und Reinerungspräsidenten sei vor zwei Tagen folgendes erklärt worden: Unter keinen Umständen dürfen politische oder religiöse Gesichtspunkte bei der Durchführung des Abbaues mitsprechen. Sollten trotzdem Mißgriffe vorkommen, so erkläre ich namens der Staatsregierung mit aller Schärfe, daß die an dem Abbau beteiligten Beamten für Fehler persönlich in der schärfsten Weise verantwortlich gemacht werden werden.

Es ist bezeichnend, daß die Deutschnationalen die sachliche Rede unter Lärm und lebhafter Unruhe entgegennahm und sich nicht entblöden, dem Minister „Mist!“ entgegenzurufen. Es hatte zeitweilig den Anschein, als wollten sie das Skandaltheater der Kommunisten, die sich verhältnismäßig ruhig verhielten, nun ihrerseits fortsetzen.

Sonnabend 11 Uhr: Anfragen, Anträge, Kleine Vorlagen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

heute, Sonnabend, den 23. Februar, 7 1/2 Uhr:
Baumwollmesse: Jungheim Grubitz, 18. April-Abend.
Wettbewerb Kunst: Zusammenkunft der älteren Jugendgruppen im Jungheim Grubitz, Str. 50, abends 7 Uhr. Diskussion: „Sozialistische Erziehungsarbeit“.

Königsauerhaußen-Wildau. Im neuen Schützenhaus Feier des 40jährigen Bestehens der Ortsgruppe Königsauerhaußen und Feier des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe Wildau, Eintritt 50 Pf.

Morgen, Sonntag, den 24. Februar:

Charlottenburg: Jungheim Grubitz, 4. abends 7 1/2 Uhr Hans-Sachs-Abend. — **Karlshorst:** Besuch des Museums für Völkerkunde. Treffpunkt 10 1/2 Uhr. — **Reinickendorf:** — **Wilmersdorf:** Schützengilde Eintracht, Treffpunkt 7 Uhr Reinickendorf. — **Kreuzberg:** Treffpunkt 10 1/2 Uhr Bahnhof Kolln-Preibitz-Str. — **Wilmersdorf:** Besuch der Leipziger Sternwarte. Treffpunkt 3 Uhr Friedenstempel. — **Ostern (Strohaler Viertel):** Fahrt Osternburg-Bauern. Treffpunkt 7 Uhr Jungheim Grubitz. — **Reinickendorf:** — **Schöneberg II:** Besuch des Museums für Völkerkunde. Treffpunkt 9 1/2 Uhr am Park. — **Wilmersdorf:** Treffpunkt 5 Uhr Bahnhof Kolln-Preibitz. — **Reinickendorf:** Besuch des Verkehrsvereins. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Reinickendorf.

Abteilung Gewerbetreibender. Abends 10 1/2 Uhr in der Welt der Weiblichen Schule Wilmersdorf. Abends 8 Uhr in der Welt der Weiblichen Schule Wilmersdorf. Abends 8 Uhr in der Welt der Weiblichen Schule Wilmersdorf. Programm: Kull, Gesang, Regeneration, Tanz. Eintritt frei.

Ortsvereine für Jugendpflege Reinickendorf. Sonntag, den 24. Februar, Festhaltung des Württembergischen (Geologischen) Abteilungs. Treffpunkt Sonntag 10 Uhr vor dem Museum am Köpenicker Park 3.

BORG ZIGARETTEN FÜR QUALITÄTSRAUCHER



Den Rodler freut nach Eis u. Schnee
Stets aus „Quieta“ ein Kaffee!

== Quieta ==
Köstliche Mischungen mit Bohnenkaffee

Garderobe
in guten Qualitäten
auf Teilzahlung
zu sehr billigen Preisen
bei kleiner An- und Abzahlung

Herren- Damen-
Anzüge Paletots Mäntel Kleider
Costways, gestr. Hosen Kostüme Jacken
Einsegnungs-Anzüge Einsegnungs-Kleider
Ersatz für Maßarbeit
Regenmäntel, Strickwesten, Strickjacken.

Beiser, Lothringer Str. 67
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtanfrage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Gegründet 1899



Zentralhaus moderner Herrenkleider
Neue Friedrichstraße 35
neben der Zentral-Parfumerie
liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Garantie
für taubellen Sie geg. wöchentliche
Teilzahlung von 2 M. an.
Große Auswahl neuest. Stoffe.
Rafschneid. u. Bermäßen im Coule.

2 Mark
wöchentl. Teilzahlung
liefere
Eleg. Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
Garantie für taubellen Sitz u. Verarbeitung
Maßschneiderei J. Kurzberg
Oranienstraße 160, 1

Gastwirtschaft
in guter Lage mit Terrasse
sowie grüner Umgebung
besucht Eduard Südkind, Eisfabrik, Brunnenstr. 43, Humboldt 2000

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Brüder Achtung!
Sonntag, 24. Februar, abds. 8 1/2 Uhr,
im Verbandslokal (Arbeitsofenstr.),
Unter den Eichen 83/84

Außerordentliche Branchenversammlung
Wichtige Tagesordnung — Das
Ergebnis aller Kollegen ist Pflicht —
Stimmrecht legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Klempner der Innungsbetriebe
Dienstag, den 26. Februar, abds. 8
Uhr, in den Händlern - Festlokal,
Andersstraße 21

Versammlung
aller in den Innungsbetrieben beschäftigten
Klempner und Bergschneidern.
Tagesordnung: 1. Bericht des
Geschäftsführers, 2. Neuwahl des
Geschäftsführers
Das Ergebnis sämtlich. Kollegen ist Pflicht.
Der Geschäftsführer
J. A. Georg Linger. 1034

Eröffnungs-Anzeige! Heute, Sonnabend, den 23. Februar, eröffne ich ein zweites Spezial-Geschäft in

Herren- und Damen-Stoffen
(in großer Auswahl zu billigsten Preisen)

Frankfurter Allee 49, zwischen Warschauer und Niederbarnimstraße.
Paul Karle, Warschauer Straße 79.

